

Die Entstehung der Stadtverwaltung Berns

Überblick und ausgewählte Dokumente
von der Schaffung der Einwohnergemeinde 1832
bis zur Gemeindeordnung von 1920



Beiheft zur Ausstellung

"... vom Amt ufbotte ..."

Bürgerschaft und Stadtverwaltung in Bern vor hundert Jahren

im Foyer 63 der Stadt- und Universitätsbibliothek Bern vom 22. Oktober bis 29. November 1996

Bern 1996

Die Stadt Bern im 19. Jahrhundert

Politische Stellung

Aus der Stadt, die von der ummauerten Aarehalbinsel aus uneingeschränkt über Land und Leute im alten Staate Bern herrschte, entwickelte sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts ein schweizerisches Zentrum mit Öffnung zur Welt. Die kleine Schar bevorzogter Patrizierfamilien musste zunächst die Staatsgeschäfte an den liberalen Kanton abtreten; später lösten auch in der Stadt die fortschrittlichen Kräfte die konservativen Stadtväter ab.

Bern wurde 1831 zum Kantonshauptort und 1848 zum Bundessitz. Nach der Jahrhundertmitte gewann die Stadt zusätzlich an Attraktivität als Sitz für internationale Organisationen. 1865 liess sich hier die internationale Union der Telegrafenerhaltungen nieder, 1874 der Weltpostverein, 1886 ein Büro für das geistige Eigentum und 1890 das Zentralbüro der internationalen Eisenbahntransporte. Das Internationale Friedensbüro am Kanonenweg erhielt 1910 den Friedensnobelpreis.

Wirtschaftliche Entwicklung

Kurz nach der Mitte des 19. Jahrhunderts setzte in Bern eine in Schüben sich beschleunigende wirtschaftliche Entwicklung mit all ihren Nebeneffekten ein. Getragen wurde dieses Wachstum von der Industrialisierung und dem Eisenbahnbau. Der damit verbundene Zuwachs an Arbeitsplätzen und zentralörtlichen Funktionen liess Bern zu einem Anziehungspunkt für das Umland und die ländliche Bevölkerung werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt war bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts geprägt von Han-

del und Kleingewerbe. Mit der Industrialisierung entstanden neue Arbeitsplätze im Sekundärsektor und die Bedeutung des Dienstleistungssektors nahm zu. Stark wachsende Branchen waren die Bau- und Metallindustrie und in der Anfangsphase die Textilindustrie. Die Dienstboten machten 1888 17% der Erwerbstätigen aus, etwa gleichviel wie die in Handel, Bank- und Versicherungswesen Beschäftigten. Die Zahl der Beamten – weniger als 4% der arbeitenden Bevölkerung – fiel dagegen noch kaum ins Gewicht.

Wandel des Stadtbildes

1858 brach der technische Fortschritt und die moderne Mobilität augenfällig in die Stadt ein: Bern bekam, wenn auch im Vergleich zu anderen Schweizerstädten etwas spät, einen Eisenbahnanschluss. Die "Rote Brücke", die mit einem Steg für Fuhrwerke und Fussgänger kombiniert war, führte die Eisenbahn von der Lorraine zum Bahnhofgebäude, das 1860 zwischen Burgerspital und Heiliggeistkirche eingeklemmt zu liegen kam.

Nachdem bereits 1844 die Nydeggbücke die Erreichbarkeit der Stadt verbessert hatte, folgten als weitere Aareübergänge 1883 die Kirchenfeldbrücke und 1898 die Kornhausbrücke. Der Eisenbahnbau zog die innerstädtische Verkehrserschliessung nach sich, wodurch die Verbindung zu den Quartieren sichergestellt wurde, zuerst mit privaten Droschkenbetrieben, ab 1890 mit der ersten Tramlinie.

Das Zentrum verlagerte sich in die obere Altstadt, die eine rege Bautätigkeit erlebte. Bereits um 1834 waren die Befestigungsanlagen teilweise abgebrochen worden. In den 1860er und 1870er Jahren

setzte ein weiterer Ausdehnungsschub der Stadt ein. Die hinderliche Schanzenanlage wurde bis auf die Kleine Schanze, die als Park überlebt hat, abgebrochen. Der Christoffelturm musste 1865 als Verkehrshindernis und Zeuge vergangener Herrschaft weichen. Die bisher beim Aarbergertor untergebrachten Bären wurden wegen des Eisenbahnbaus in die Unterstadt ans jenseitige Ende der Nydeggbücke verlegt, wo sie 1857 in die heutige burgartige Grabenanlage einzogen. Im Gebiet zwischen Bahnhof und Bundeshaus entstand eine repräsentative Überbauung, die sich mit ihren klassizistischen Formen und ihrer symmetrischen Ausrichtung an das 1852–1857 erstellte Bundeshaus-West anlehnt. Letzteres genügte schon bald den Anforderungen der Bundesverwaltung und dem sich proportional zum Bevölkerungswachstum vergrößernden Nationalrat nicht mehr. 1888–1892 wurde das Bundeshaus-Ost errichtet, 1894–1902 das Parlamentsgebäude, dessen markanter Kuppelbau die südliche Altstadtsilhouette schliesst. Die Eidgenossenschaft schuf noch weitere Bundesbauten, die das Stadtbild prägen, u.a. das Bundesarchiv (1896–1899) und die Bollwerkpost (1903–1905).

Imposante Neubauten, die zu einem beträchtlichen Teil von der Burgergemeinde finanziert wurden, förderten das städtische Kulturleben. 1894 wandelte sich das geplante Schweizerische Nationalmuseum am Helvetiaplatz – drei Jahre zuvor hatten sich die eidgenössischen Räte für Zürich als Sitz des künftigen Landesmuseums entschieden – in das Bernische Historische Museum um. Das Stadttheater und der Kursaal Schänzli öffneten ihre Pforten 1903 bzw. 1904; 1909 folgte das Casino, welches den Standort der alten Hochschule einnimmt. Die Universität bezog 1903 ihren neuen Sitz auf der Grossen Schanze. Der Münsterturm hatte bereits zehn Jahre vorher mit der Aufstockung auf 100 Meter seine 1588 unterbrochene Vervollendung erfahren.

Bevölkerungswachstum und soziale Frage

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts verlief die Bevölkerungsentwicklung Berns relativ gleichmässig. Danach setzte ein rasches Wachstum ein, das sich um die Jahrhundertwende nochmals beschleunigte, so dass 1910 dreimal soviel Menschen in der Stadt lebten wie 1850. Dieser Anstieg ist primär auf grosse Wanderungs- und sekundär auf steigende Geburtenüberschüsse zurückzuführen.

Die Stadt als attraktiver Wohn- und Arbeitsplatz lockte verschiedenste Bevölkerungsschichten an. Das Leben unter den Lauben – bis anhin gemächlich nach Berner Art – wurde lebhafter, die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt mussten sich, wie die Bevölkerung in anderen Grossstädten, mit negativen Auswirkungen auseinandersetzen. Der innerhalb der Stadt zur Verfügung stehende Wohnraum wurde zusehends knapper. Bis 1860 verdichtete sich die Bevölkerung innerhalb der Altstadt; danach bildeten sich Aussenquartiere, die gegen das Ende des Jahrhunderts hin dank Brückenbau und Strassenbahn besser erreichbar wurden. Ab 1890 begann langsam die Entvölkerung der Altstadt. Die wohlhabenden Einwohner konnten sich ihre Wohnlage aussuchen. Bevorzugte Quartiere waren Stadtbach, Altenberg und Vilette, später besonders das Kirchenfeld. Ärmere Bevölkerungsschichten mussten dort wohnen, wo sie es sich leisten konnten. Billiger Wohnraum war häufig nur an schattiger, feuchter und peripherer Lage zu finden. So entstanden Arbeitersiedlungen am Nydeggstalden, in der Matte, in der Lorraine und in der Länggasse.

Konjunkturreinbrüche wie die grosse Depression nach 1873, von der sich Bern erst nach 1885 erholte, trafen in erster Linie Arbeiter und Arbeiterinnen. Gemäss dem kantonalen Armengesetz von 1857 war die Stadt für Verarmte unterstützungspflichtig. 1877 waren 8,3% der Einwohner armengemässigt.

Politische Unruhen

Mit der fortschreitenden Industrialisierung und dem Wachstum der Stadt traten verstärkt soziale Gegensätze auf. Kämpften der Freisinn und die Arbeiterschaft bis 1888 noch gemeinsam gegen die konservative Vorherrschaft in der Stadtregerung, standen sie sich einige Jahre später feindlich gegenüber. Der wirtschaftliche Wachstumsschub zeitigte bedrohliche Auswirkungen für die kaufkraftschwachen Schichten: steigende Mieten, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, zunehmende Arbeitslosigkeit.

Alle diese Entwicklungen radikalisierten die Arbeiterschaft. In Bern entlud sich die Spannung im Käfigturmkrawall 1893. Im Anschluss an eine spontan einberufene Versammlung von arbeitslosen einheimischen Bauhandlangern, die dagegen protestierten, dass die Bauunternehmer ihnen billige und flinke Italiener vorzogen, marschierte eine Gruppe von 20 bis 50 Männern auf verschiedene Bauplätze der Stadt. Da es zu Sachbeschädigungen und Raufereien kam, verhaftete die Polizei 14 Randalierer und sperrte sie in den Käfigturm. Die gut organisierte Arbeiterschaft erfuhr davon, forderte die Freilassung ihrer Kollegen und drohte mit der Erstürmung des Gefängnisses. Der Aufruhr tobte bis Mitternacht, als eidgenössische Truppen eintrafen und die Ruhe in der Stadt wieder herstellten. Das harte Eingreifen zementierte die Gegnerschaft zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterschaft, förderte aber gleichzeitig den Zusammenhalt unter den Arbeitern. Eine indirekte Folge davon war 1895 die Wahl von Gustav Müller (1860–1921) zum ersten sozialdemokratischen Gemeinderat.

Die Stadt reagierte auf die angespannte soziale Lage aber nicht nur mit Repression. Bereits ab 1889 versuchte sie als erste Schweizer Stadt, mit dem gemeinnützigen kommunalen Wohnungsbau die akute Wohnungsnot zu lindern. Der Siedlung im Wylerfeld

folgten weitere Projekte. Auch eine Arbeitslosenvermittlung (1888) und eine Arbeitslosenversicherung (1893) wurden von der Gemeinde aufgebaut.

Kulturelle Höhepunkte

Beweise für das aktive kulturelle Leben in Bern sind die zahlreichen nationalen Feiern und Feste, die hier zwischen 1880 und 1920 stattfanden. Nach 1830 und 1857 beherbergte die Bundesstadt 1885 zum dritten Mal das Eidgenössische Schützenfest auf dem noch nicht überbauten Kirchenfeld. Der Grossanlass begann mit einem Festzug der Schützengesellschaften sowie der städtischen, kantonalen und eidgenössischen Behördendelegationen. Im Schiessstand wurden rund 1,5 Mio. Schüsse auf 150 Scheiben abgefeuert.

1890 zeigte das Berner Kunstmuseum in seinen Räumen die erste nationale Kunstaussstellung der Schweiz. 1891 feierte die Stadt ihr 700-Jahr-Jubiläum mit einem viertägigen Fest ebenfalls auf dem Kirchenfeld. Auf der 100 Meter langen Bühne, die eine zinnenbewehrte Burgfassade mit zwei 24 Meter hohen Ecktürmen darstellte, führten über tausend Mitwirkende im "Dramatischen Festspiel" des Högger Pfarrers Heinrich Weber sechs Szenen aus der Geschichte Berns auf. Jugendfest, Festgottesdienst, Volksfest, Feuerwerk und als Abschluss ein historischer Umzug gehörten ferner zum Festprogramm.

Auch das Eidgenössische Sängerefest von 1899 wurde noch auf dem Kirchenfeld abgehalten. Doch nach dessen Überbauung musste sich die Stadt nach einem neuen Festgelände umsehen. In der Folge wechselten die Veranstaltungsorte: 1906 versammelten sich die Turnvereine zum Schweizerischen Turnfest auf dem Spitalacker, 1910 wurde das Eidgenössische Schützenfest auf dem Wankdorffeld durchge-

führt, und 1914 befand sich die Landesausstellung – nach Zürich (1883) und Genf (1896) erstmals in

Bern – auf dem Neufeld und dem Viererfeld.

Die Einwohnergemeinde der Stadt Bern

Die alte Stadtrepublik

Bis 1798 war Bern eine zentralistisch organisierte und aristokratisch regierte Stadtrepublik, in der die Stadt und die zugehörige Landschaft eine politische Einheit bildeten. Regierung und Verwaltung lagen in den Händen des städtischen Patriziats, das, versammelt im Grossen und Kleinen Rat, souverän über Stadt und Kanton gebot.

Die Stadtgemeinde setzte sich aus den Burgern zusammen. Das Bürgerrecht konnten ursprünglich nur jene Personen erwerben, die in der Stadt Grundeigentum besaßen; später genügte ein ansehnliches Vermögen. Die Bürger genossen sämtliche Rechte, namentlich die "Regimentsfähigkeit", d.h. das Recht, den Grossen Rat zu wählen und in ihn gewählt zu werden, das Niederlassungs- und das Heimatrecht, und hatten Anteil am "Burgernutzen", dem gemeinsamen Gut der Stadtgemeinde.

Um sich diese Vorteile möglichst ungeschmälert zu erhalten, erschwerten sie seit der Mitte des 17. Jahrhunderts die Aufnahme ins städtische Bürgerrecht. Dadurch nahm der burgerliche Teil der Stadtbevölkerung ständig ab. Die Zahl der burgerlichen Familien sank von 540 um 1650 auf 158 im Jahre 1790. Von den rund 400'000 Bernerinnen und Bernern, die die erste bernische Volkszählung 1764 erfasste, lebten 11'000 in der Stadt Bern. Davon waren

etwa 30% Bürger; am Ende des 18. Jahrhunderts machte die Bürgerschaft noch knapp einen Fünftel aus. Die übrigen waren Hintersässen, Aufenthalter oder Habitanten.

Auch innerhalb der Bürgerschaft kam es zu Abschliessungstendenzen, indem der Kreis derjenigen, die in die Räte gelangten, immer enger gezogen wurde. Auf dem Tiefststand um 1785 gehörten noch 73 Familien zu den tatsächlich Regierenden. Diese "Patrizier" prägten das alte Bern.

Die Entstehung der Einwohnergemeinde

1831 begann für Bern eine neue politische Ära. Der Stadtstaat wurde aufgelöst, die patrizische Regierung dankte ab. Der Stadtrepublik, deren Herrschaft nun auf das Stadtgebiet beschränkt wurde, stand die neue Kantonsregierung gegenüber. Während diese von jungen, liberal gesinnten Kräften geführt wurde, lag jene nach wie vor in den Händen der Patrizier und konservativen Bürger, die zumindest hier ihre bisherige Vormachtstellung nicht preisgeben wollten. Dieser Gegensatz zwischen dem liberalen Kanton und der konservativen Stadt dominierte die politische Entwicklung bis in die späten 1880er Jahre.

Das kantonale Gemeindedekret von 1832, das 1833 durch das kantonale Gesetz über die Organisa-

tion und die Geschäftsführung der Gemeindebehörden präzisiert wurde, verlangte die Einführung von Einwohnergemeinden und erlaubte gleichzeitig das Fortbestehen von Bürgergemeinden, womit der noch heute vorhandene Gemeindedualismus begründet wurde. Die neue gesetzliche Regelung übertrug der Einwohnergemeinde die allgemeine Stadtverwaltung, die Ortspolizei und das Löschwesen, die Primarschulen, die öffentliche Beleuchtung und weitere Infrastrukturleistungen. Der Bürgergemeinde verblieben die burgerrechtlichen Angelegenheiten, das Vormundchaftswesen und die Armenpflege für die Bürger. Obwohl die Bürger der Stadt Bern sich der neuen Regelung widersetzen, wählte am 17.10.1832 eine allgemeine Einwohnerversammlung im Münster die neuen Stadtbehörden.

Damit war die Einwohnergemeinde geschaffen, aber für die beträchtlichen öffentlichen Pflichten fehlte ihr das Vermögen; das Bürgergut blieb ungeteilt im Besitz der Bürgergemeinde. In der Übereinkunft vom 16. Oktober 1833 sicherte sie jedoch der Einwohnergemeinde einen jährlichen Beitrag für die Deckung ihrer Ausgaben zu. Die Einwohnergemeinde Bern war kein Einzelfall, Probleme wegen der unklaren Vermögensverhältnisse zwischen den Bürgergemeinden und den neu geschaffenen Einwohnergemeinden zeigten sich überall im Kanton.

Noch bevor ein Gesetz die Vermögensausscheidung zwischen Einwohnergemeinden und Bürgergemeinden kantonal regelte, verständigte man sich in Bern in einer neuen Vereinbarung. Gemäss dem Ausscheidungsvertrag vom 1. Juli 1852 gingen zu

den bisherigen Aufgaben nun auch die Verwaltung aller Munizipalfonds sowie des Kirchengutes mit den vier Stadtkirchen und der Rebgüter am Bielersee, die Leitung der zwei höheren Stadtschulen (Knaben-Realschule und Mädchen-Sekundarschule) sowie das Bau- und Strassenwesen der Stadt an die Einwohnergemeinde über. Die Bürgergemeinde behielt die Verleihung des Bürgerrechts, die Vormundschafts- und Armenpflege für Bürger, wozu ihr das Burgerspital und die beiden Waisenhäuser für Knaben und Mädchen zur Verfügung standen, die burgerlichen Allmenden und Wälder sowie u.a. die Stadtbibliothek, das Naturhistorische Museum und den botanischen Garten.

Wenn auch die durch den Ausscheidungsvertrag überwiesenen Güter die Höhe der Ausgaben nicht vollumfänglich deckten und die Einwohnergemeinde auf zusätzliche Finanzhilfe der Bürgergemeinde angewiesen blieb, so brachte doch die Güterausscheidung der Einwohnergemeinde die finanzielle Unabhängigkeit. Und die Aufgabenteilung zwischen den beiden Gemeinden war insoweit geklärt, als die Bürgergemeinde alle öffentlichen Aufgaben abgetreten hatte. Sie blieb jedoch weiterhin aktiv und finanzierte oder unterstützte in der Folge grosse Projekte, die die Zentrumsfunktion und die Attraktivität der Stadt förderten (Kirchenfeldüberbauung, Casino, Historisches und Naturhistorisches Museum, Tierpark Dählhölzli u.a.). So hatte die Einwohnergemeinde stets eine reiche Schwester, die sie um Geld oder Land angehen konnte.

Behörden und Verwaltung der Stadt Bern

Von der Ordnungsverwaltung (1834–1888) . . .

Ihre erste Ordnung gab sich die Einwohnergemeinde im Organisationsreglement von 1834. Die oberste Gewalt lag bei der Gemeindeversammlung, die aus allen stimm- und wahlfähigen Einwohnern bestand. Deren Zahl blieb allerdings infolge verschiedener einschränkender Bestimmungen niedrig. Zwischen 1870 und 1910 stieg der Anteil der Stimmberechtigten von 5 auf 17% der Stadtbevölkerung an.

Tatsächlich war die Gemeindepolitik aber vom Gemeinderat bestimmt, denn dieser prüfte zuvor alle Angelegenheiten und legte sie dann zur Beschlussfassung der Gemeindeversammlung vor, die über nichts anderes entscheiden konnte. Die Abstimmungen erfolgten offen durch Handmehr. Der Gemeinderat rekrutierte sich aus der Gemeindeversammlung und umfasste 25 Mitglieder. Er bildete die oberste Verwaltungsbehörde der Stadt. An seiner Spitze stand der Gemeindepräsident, der eine starke Stellung innehatte, indem er alle Versammlungen leitete, über den Stichentscheid verfügte und bis 1871 als einziger eine ausserordentliche Gemeindeversammlung einberufen konnte.

Das Gemeindereglement von 1871 reduzierte den Gemeinderat auf 17 Mitglieder und schuf einen Grossen Stadtrat. Eine Gewaltenteilung existierte damit aber noch nicht, da sich der Grosse Stadtrat aus dem Gemeinderat und 60 Mitgliedern, die aus der Gemeindeversammlung gewählt wurden, zusammensetzte. Den Vorsitz in beiden Räten wie auch in der Gemeindeversammlung hatte der Gemeindepräsident inne, der sich nun Stadtpräsident nannte. Neu konnte eine ausserordentliche Gemeindeversammlung auf Beschluss des Grossen Stadtrates oder auf ein Gesuch von mindestens 300

Stimmberechtigten einberufen werden, falls das Gesuch vom Präsidium gebilligt wurde.

Die Verwaltungstätigkeit in diesem Zeitraum beruhte auf dem Kollegial- oder Kommissionssystem. Eine Vielzahl von Kommissionen, die vom Gemeinderat ernannt wurden und grösstenteils aus dessen Mitgliedern bestanden, leitete und beaufsichtigte die einzelnen Abteilungen der Stadtverwaltung. Je mehr Aufgaben die Einwohnergemeinde übernahm, desto mehr Kommissionen bildeten sich. Das System war abhängig von der ehrenamtlichen Mitarbeit angesehener Bürger, zeitintensiv und wenig effizient.

Zwischen 1834 und 1852 setzte sich die Gemeindeverwaltung aus der Spezial- und Organisationskommission, der Polizei-, der Fertigungs- und der Primarschulkommission zusammen. Eine Finanzkommission fehlte, solange die Verwaltung der städtischen Finanzen bei der Bürgergemeinde lag. Nach der Vermögensausscheidung von 1852 wurden für die der Einwohnergemeinde neu übertragenen Gemeindeaufgaben sowie für den Ausbau bestehender Aufgabenbereiche eine Reihe weiterer Verwaltungskommissionen eingesetzt: 1852 die Realschul- und 1855 die Baukommission, 1860 die Beleuchtungskommission, 1869 die Armenkommission und 1870 die Sanitätskommission, die seit 1865 bereits temporär existiert hatte, sowie die March- und Katasterkommission; nur für die Jahre 1866–1870 gab es die Stadterweiterungskommission.

Bis 1888 befand sich der Gemeinderat fest in burgerlich-konservativer Hand. 1835 waren 19 der 25 Gemeinderäte Burger. Sie lebten mehrheitlich als Privatiers und Grundbesitzer. Diese Dominanz der Berner Oberschicht ist nicht weiter erstaunlich, da bereits das Stimm- und Wahlrecht ein gewisses Vermögen voraussetzte. Wer sich an der Stadtregie-

nung beteiligen wollte, musste zudem über genügend Zeit verfügen. Die Honorationenverwaltung begünstigte somit das Weiterbestehen der alten Führungselite aus Patriziern und Burgern. Den auf Erwerbsarbeit angewiesenen Einwohnern war unter Umständen sogar die Teilnahme an den Gemeindeversammlungen verunmöglicht, da diese bis 1881 jeweils werktags abgehalten wurden und oft ganze Nachmittage lang dauerten. Solche Sitzungen zu besuchen, konnte sich nur leisten, wer über seine Zeit frei bestimmte.

... zur Leistungsverwaltung (1888–1920)

Seit den frühen 1860er Jahren kämpften die konservativen und die liberalen Kräfte in der Stadt miteinander um die politische Vorherrschaft, aber auch um die Reform der Verwaltungsstruktur. Die Liberalen forderten ein effizienteres Verwaltungssystem mit bezahlten statt ehrenamtlichen Mitarbeitern. 1881 schloss sich der Liberale Verein mit dem Grütliverein und anderen Arbeiterorganisationen zusammen. Dieser Allianz des liberalen Bürgertums mit dem gewerblichen Mittelstand und der Arbeiterschaft vermochten die Konservativen auf Dauer nicht mehr zu widerstehen. Das freisinnige Bündnis errang die Mehrheit bei den Gemeindewahlen und stellte mit Fürsprecher Eduard Müller (1848–1919) erstmals den Stadtpräsidenten. Im neuen Gemeinderat fand sich nur noch gerade ein einziger Konservativer. Die letzte Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 1887 stimmte dem neuen Organisationsreglement widerstandslos zu.

Die auf den 1. März 1888 in Kraft tretende Gemeindeordnung führte als wichtigste Neuerungen die Gewaltentrennung und das Direktorialsystem (oder Departementssystem) ein. Die Gemeindeversammlung wurde durch die Urnenabstimmung ersetzt. Aufgrund des neuen Initiativrechts konnten 500

Stimmberechtigte eine Änderung der Gemeindeverfassung beantragen. Die Kompetenzen von Gemeinderat und Stadtrat wurden klar getrennt.

Der nun aus 80 Mitgliedern bestehende Stadtrat wird zur vorberatenden und kontrollierenden Behörde gegenüber dem Gemeinderat. Der Stadtrat setzt neu die Geschäftsprüfungskommission ein, die den Voranschlag, die Gemeindefinanzrechnung und die Rechnungen der einzelnen Verwaltungsabteilungen sowie den Verwaltungsbericht prüft und über den Geschäftsgang in den Verwaltungsabteilungen berichtet. Der Stadtpräsident und die Gemeinderäte können an den Sitzungen des Stadtrates teilnehmen und verfügen über ein Antragsrecht.

Der Gemeinderat wurde von 17 auf 9 Mitglieder reduziert, wovon vier hauptamtlich und fünf nebenamtlich tätig waren, ab 1900 fünf hauptamtlich und vier nebenamtlich. 1920 erfolgte der Übergang zu sieben vollzeitlich amtierenden Gemeinderäten. Die Direktionen ersetzten das unübersichtlich gewordene Netz von Kommissionen. Den Gemeinderäten als Vorstehern der Verwaltungsabteilungen waren einzelne Kommissionen nur noch zur Mitberatung und Aufsicht beigegeben.

Die fünf Direktionen von 1888 (Polizeidirektion, Armendirektion, Schuldirektion, Baudirektion und Finanzdirektion) wurden bis 1920 auf sieben erweitert, indem einerseits das Bauwesen aufgeteilt wurde in eine Baudirektion I (Tiefbau) und eine Baudirektion II (Hochbau) und andererseits die Direktion der industriellen Betriebe neu hinzukam. Die Armendirektion wurde in Direktion der sozialen Fürsorge umbenannt. An der Spitze des Direktorialsystems stand von Anfang an die Präsidialabteilung, die der zum Stadtpräsident gewählte Gemeinderat jeweils zusätzlich zu seiner Direktion betreute. Der Wechsel zum Direktorialsystem bedeutete die zunehmende Professionalisierung der Verwaltung. Zugleich stieg die Zahl der städtischen Beamtenstellen rapide an.

Neue Aufgaben verlangen einen Ausbau der Stadtverwaltung. Diese braucht mehr Führung nach innen und mehr Koordination nach aussen:

Die Präsidialabteilung

Sie ist der Kopf der Verwaltung und wird vom Stadtpräsidenten geleitet. (Seit 1985 heisst sie Präsidialdirektion.)

Im Jahre 1888 bestand die Präsidialabteilung aus der Stadtkanzlei und dem Stadtarchiv; 1894 kam das Fertigungssekretariat hinzu. Als weitere Dienststellen wurden der Präsidialabteilung 1921 das Finanzinspektorat und 1922 das Statistische Amt unterstellt. Für die Zeit von 1900 bis 1918 beherbergte sie als besondere Geschäftszweige die industriellen Betriebe und das Vormundschaftsbüro. Danach wurden erstere zu einer eigenen Direktion erhoben und wechselte letzteres zur Direktion der sozialen Fürsorge.

Stadtkanzlei und Stadtarchiv. Die Stadtkanzlei leitete zunächst der Stadtpräsident selber; ihm unterstanden der Stadtschreiber und die Kanzlisten. Um 1900 übernahm der Stadtschreiber die Leitung. (Seit 1974 befindet sich das Amt in weiblicher Hand.)

Die Stadtkanzlei ist das Sekretariat der Stadtbehörden; sie führt die Protokolle der Gemeindeabstimmungen, des Stadtrates und des Gemeinderates und betreut die Registratur der betreffenden Akten. Sie ist zuständig für Abfassung und Bekanntmachung der Beschlüsse der Behörden und für die Berichte der Verwaltung, in denen die Direktionen jährlich über ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegen.

Ferner ist die Stadtkanzlei verantwortlich für die rechtmässige Ausfertigung von Urkunden, Verträgen und Testamenten. Zwischen 1888 und 1894 erledigte diese "Fertigungsgeschäfte" ein Sekretär nebenamtlich in einem Notariatsbüro.

1894 übertrug die Stadt diese Aufgabe einem eigenen Fertigungssekretär.

Schliesslich wurde auch die Archivierung der Verwaltungsakten der Stadtkanzlei zugeordnet. Die Vermögensausscheidung zwischen Bürgergemeinde und Einwohnergemeinde von 1852 hatte eine Teilung des Archivguts bewirkt, wodurch die Stadt in den Besitz einer Vielzahl wichtiger und wertvoller Dokumente gekommen ist. Dem seit 1803 – nach der Trennung des Vermögens zwischen Kanton und Stadt Bern – bestehenden Stadtarchiv ist der Stadtschreiber vorgesetzt, der bis 1953 in Personalunion als Stadtschreiber und Stadtarchivar amtierte.

Finanzinspektorat. Mit dem zunehmenden Ausbau der Verwaltung musste für die Kontrolle ihrer Tätigkeit gesorgt werden, speziell im finanziellen Bereich. Das Finanzinspektorat überwacht seit 1921 die Buchführung in den Verwaltungsabteilungen und Stiftungen.

Statistisches Amt. Wachsende Planungs- und Verwaltungsaufgaben setzten auch vermehrt statistisch aufgearbeitetes Datenmaterial voraus. Die Forderung nach einer besonderen Abteilung wurde erstmals im Zusammenhang mit der statistischen Auswertung der 1896 unternommenen Wohnungsenquête erhoben; darin wurden die baulichen und hygienischen Wohnverhältnisse in der Stadt Bern aufgezeigt. 1914 schuf die Stadtkanzlei eine Beamtung für einen städtischen Statistiker. Vier Jahre später folgte die Erweiterung zu einem selbständigen Amt, das bis 1922 der Direktion der industriellen Betriebe angehörte.

Die schützenden Stadtmauern werden beseitigt, die Stadt wächst über die alten Grenzen hinaus. Neue Bedrohungen steigern das Bedürfnis nach Ordnung und Sicherheit – und nach Kontrolle der Einwohnerschaft:

Die Polizeidirektion

Das Polizeiwesen wurde 1888 von Grund auf neu organisiert und umfasste unter der Leitung eines hauptamtlichen Gemeinderates zuerst fünf, ab 1892 sechs Abteilungen: das Polizeisekretariat, die Abteilung Polizeiwesen – die als die wichtigste galt und deren Unterabteilungen Sicherheitspolizei und Sachpolizei 1892 in zwei eigenständige Abteilungen, die Sicherheitspolizei und die Lokalpolizei, aufgeteilt wurden –, die Abteilung Kontrollwesen, die Feuerwehr und das Gesundheitswesen. Von 1892 bis 1900 befand sich das Vormundschaftsbüro als siebte Abteilung bei der Polizeidirektion.

Das Quartieramt und die Friedhofsverwaltung wechselten 1900 bzw. 1910 von der Lokalpolizei zum Polizeisekretariat. 1908 begann der Aufbau einer Berufsfeuerwehr, und 1927, acht Jahre nach der Eingemeindung von Bümpliz, erfolgte die Eingliederung der bis dahin selbständigen Bümplizer Feuerwehr in das stadtbernische Brandcorps. Nach dem Ende des 1. Weltkrieges wurde der Schlachthof als eigene Abteilung aus der Lokalpolizei herausgelöst. 1926 entstand die Gewerbepolizei.

Im Vergleich zu andern Direktionen war die Polizeidirektion auch in den Jahrzehnten nach 1920 durch vielfältige Kompetenzverschiebungen gekennzeichnet, die sich in der Organisationsstruktur niederschlugen.

Polizeisekretariat. Es erledigte allgemeine Verwaltungsaufgaben wie Registratur- und Fertigungsarbeiten und betreute ab 1910 die städtischen Friedhöfe Bremgarten und Schosshalde. 1908 übernahm es die Armenpflege der Kantonsfremden, die zwischen

1872 und 1907 der Lokalpolizei unterstellt war und 1916 an die Fürsorgedirektion überging.

Sicherheitspolizei. Ordnungs- und sicherheitspolizeiliche Funktionen in der Stadt waren während längerer Zeit gleichzeitig von städtischen und kantonalen Organen wahrgenommen worden, was zeitweise zu Kompetenzüberschneidungen geführt hatte. Daher übertrug der Kanton die sicherheitspolizeilichen Aufgaben für die Stadt Bern 1890 ganz der Einwohnergemeinde. Zuständig war nun die Abteilung Sicherheitspolizei und Polizeikorps (die ab 1922 Sicherheits- und Kriminalpolizei heisst), welche gemäss einer Dienstinstruktion vom 20. Januar 1891 die Sektionen Stadtpolizei, Bezirkspolizei und Geheimpolizei (seit 1894 Fahndungspolizei genannt) umfasste.

Lokalpolizei. Nach der Trennung von Sicherheitspolizei und Sachpolizei im Jahre 1892 dehnte sich der nun als Lokalpolizei bezeichnete Aufgabenbereich weiter aus. 1907 spaltete er sich in die zwei Unterabteilungen Allgemeine Lokalpolizei sowie Markt- und Strassenpolizei auf; 1910 erfolgte eine erneute Umstrukturierung in zwei, für die Jahre 1916/17 sogar in drei Sektionen, und 1922 schliesslich wurden die Kompetenzen zwischen der Lokal- und der Sicherheitspolizei grundsätzlich neu geregelt.

Die Freihaltung von Strassen und Plätzen, die verkehrs- und strassenpolizeiliche Aufsicht sowie die Aufsicht über das Markt- und Messewesen, das Dienstmänner- und Droschkenwesen und über das Automobilwesen waren bis 1922 Aufgabenbereiche

der Lokalpolizei und wurden dann an die Sicherheitspolizei abgegeben.

Allgemeine ordnungspolizeiliche Aufsichtsfunktionen und armenpolizeiliche Massnahmen wurden auch nach 1922 konsequent als Aufgaben der Lokalpolizei gehandhabt.

Kontrollwesen. Diese Abteilung der Polizeidirektion führte das Einwohnerkontrollwesen und das Abstimmungswesen sowie das Melde- und Aufenthaltswesen für Ausländer. Der Personalbestand entwickelte sich zwischen 1890 und 1922 von einem Kontrollchef mit Gehilfen zu 5 Beamten, 10 Kanzlisten und 3 Informatoren.

Feuerwehr. Zur Brandbekämpfung, für Rettungseinsätze und für die Sicherung der Brandstätten existiert seit 1811 ein aus Freiwilligen zusammengesetztes Brandcorps, das auch heute im Notfall wirksam einschreiten kann.

Mit der Verwaltungsreorganisation von 1888 bildete die Feuerwehr eine eigene Abteilung der Polizeidirektion, die aus vier Kompanien bestand: Rettungskompanie, Sicherheitskompanie, Löschkompanie I und Löschkompanie II. Die Mannschaften setzten sich aber immer noch aus Freiwilligen zusammen. Erst 1908 wurde ergänzend zum Brandcorps mit dem Aufbau einer Berufsfeuerwehr begonnen, als nach dem Umzug von der alten Hauptwache beim Gerberngraben in ein grösseres Brandwachtlokal im alten Pfarrhaus der Französischen Kirche ein modernstes Löschfahrzeug, das sogenannte "Elektromobil", angeschafft und für dessen Unterhalt und Einsatz ein hauptamtlicher Betreuer nötig wurde. Dieser am 1.5.1908 angestellte Zeugwart war der erste Berufsfeuerwehrmann der Stadt Bern.

Als weitere Unterabteilung der Feuerwehr kam 1898 die Brandwache hinzu. Bis zu diesem Zeit-

punkt war der Dienst auf der Brandwache von allen Korpsmitgliedern im Turnus versehen worden.

Gesundheitswesen. Der Zuständigkeitsbereich dieser Abteilung betraf allgemeine gesundheitspolizeiliche Aufsichtsfunktionen wie Wohnungsinspektionen und Massnahmen bei Epidemien, ferner Trinkwasser- und Lebensmitteluntersuchungen sowie die Verwaltung der medizinischen Versorgungseinrichtungen. Dazu gehörten das seit 1867 bestehende Gemeindelazarett im Steigerhubel und das als Gemeindespital 1913 erstellte städtische Krankenhaus in der Tiefenau. Nach dessen Eröffnung diente das Lazarett nur noch als Anstalt für Geisteskranke. Geleitet wurde das Gesundheitswesen ab 1888 vom städtischen Polizeiarzt, ab 1903 von einem nebenamtlichen und ab 1922 von einem vollamtlichen Stadtarzt.

Seit 1904 besteht eine Sanitätspolizei, die für die Desinfizierung von Wohnungen bei epidemischen und ansteckenden Krankheiten wie Typhus, Tuberkulose oder Scharlach und für Krankentransporte eingesetzt wird. 1917 erwarb die Gemeinde eigens ein elektrisches Krankenautomobil. Die Sanitätspolizei unterstand in administrativer Hinsicht zuerst der Lokalpolizei und ab 1922 dem Stadtarzt. (1963 wird die Gesundheitsdirektion geschaffen.)

Schlachthof. Bis 1900 gehörten in den Kompetenzbereich der Lokalpolizei der Fleischverkauf und die Fleischschau wie auch die Verwaltung und der Betrieb der städtischen Schlachthöfe und der Kadavernichtungsanstalt (der "Abdeckerei"). 1900–1910 wurde der die Aufsicht betreffende Bereich von der Abteilung Gesundheitswesen geführt. Der 1914 neu erstellte Schlachthof im Wylerfeld kam 1916/17 zur Lokalpolizei als dritte Sektion; danach wurde er zur eigenen Abteilung Schlachthof unter der Polizeidirektion erhoben. Für die Jahre 1917–1919 bildete

auch die Kadavernichtungsanstalt eine eigene Abteilung.

Das Schlachten von Tieren ist schon sehr früh (u.a. in einer Verordnung von 1786) von der Stadt geregelt worden. So waren die Metzger dazu angehalten, Grossvieh, Kälber und Schafe nur im städtischen Schlachthof an der Metzgergasse (heute: Rathausgasse) zu schlachten. Allerdings blieben bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die Schweine von dieser Regelung ausgenommen und wurden weiterhin in Privatschlächtereien getötet. Mit der Bevölkerungsverdichtung wurde aber auch die Schweineschlachtung in der Stadt zunehmend zu einer Belastung, so dass die Einwohnergemeinde 1872 eine zentrale

Schweineschlächtereier ausserhalb der dichtbewohnten Altstadt in der Engehalde errichtete. Aus Platzmangel wurde der Betrieb im Alten Schlachthaus aber gleichwohl weitergeführt. Bereits in den 1890er Jahren wurden daher erneut Klagen wegen Platzmangel und Überlastung laut, worauf die Gemeindebehörden eine grössere Schlachthofanlage im Wyler projektierten, die aber erst 1914 ihren Betrieb aufnehmen konnte.

Gewerbepolizei. Sie wurde erst 1926 geschaffen, als das kantonale Gesetz über den Warenhandel, das Wandergewerbe und den Marktverkehr die Gewerbeaufsicht der Ortspolizei übertrug.

Die rasch wachsende Bevölkerung der Stadt und riesige Ströme von Zuwandernden und Abwandernden verursachen der Einwohnergemeinde zusätzliche sozialpolitische Aufgaben. Der Druck, soziale Fürsorgeeinrichtungen zu schaffen, nimmt zu:

Die Direktion der sozialen Fürsorge

Das augenfälligste Problem gab der Direktion 1888 den Namen: "Armendirektion". Bis 1899 stand sie unter der Leitung des Stadtpräsidenten, der somit neben der Präsidialabteilung einen zweiten Geschäftsbereich betreute. Danach leitete ein hauptamtlicher Gemeinderat die Armendirektion gleichzeitig mit der Schuldirektion. Erst 1920 erhält die nun Direktion der sozialen Fürsorge genannte Verwaltungseinheit einen eigenen Direktor. (Die heute übliche Bezeichnung "Fürsorgedirektion" wird erst 1963 offiziell eingeführt. 1984 werden die Fürsorge- und die Gesundheitsdirektion vereinigt.)

Organisatorisch bestand die Armendirektion zunächst aus den Abteilungen Sekretariat, Kassawesen und Inspektorat. Der laufende Verwaltungsausbau widerspiegelt die gesellschaftliche Entwicklung jener Zeit. Noch 1888 wurde die Anstalt für Arbeitsnachweis gegründet. 1892 fand die Einweihung der Armenanstalt Kühlewil statt. Im folgenden Jahr nahm die Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit ihre Tätigkeit auf; 1895 wurde sie mit der Anstalt für Arbeitsnachweis zusammengelegt. 1899 entstand die erste kommunale Kinderkrippe in der Matte, und die vier privaten Kinderkrippen Gerbergraben, Lorrain-

ne, Länggasse und Mattenhof erhielten städtische Subventionen. Die beiden ersten Kindergärten, die 1907 in Verbindung mit den neu errichteten Kinderkrippen im Wyler und in Ausserholligen eingerichtet wurden, gehörten für kurze Zeit ebenfalls der Armenverwaltung an. 1922 wurden die gemeindeeigenen Kindergärten, von denen es nun – nebst 19 privaten Institutionen – je einen in Ausserholligen, im Wyler, in der Lorraine, in der Matte und im Brunnmattquartier gab, an die Schuldirektion überwiesen.

Eine umfassende Neustrukturierung erfuhr die Direktion 1920. Sie bestand nun aus drei Zweigen, welche ihrerseits in Abteilungen und Unterabteilungen gegliedert waren. Am umfangreichsten war das Armenwesen. Es umfasste ein Sekretariat, die Abteilung Rechnungs- und Kassenwesen, das Armeninspektorat, die Armenanstalt Kühlewil und das Erholungsheim Neuhaus. Die Abteilungen Vormundschafsbüro und Jugendamt bildeten zusammen den Zweig Vormundschafswesen und Jugendfürsorge. Der dritte Zweig, die Arbeitslosenfürsorge und die Wohnungsvermittlung, teilte sich auf in die Abteilungen Arbeitsamt und Wohnungsamt.

Armenwesen. Sekretariat und Kassawesen waren für die Verwaltung und Rechnungsführung der Direktion zuständig. Das Inspektorat sorgte für die Unterbringung bedürftiger Erwachsener, Jugendlicher und Kinder bei Privaten oder in Anstalten sowie für ihre Betreuung und die allfällige finanzielle Unterstützung, aber auch für die nötige Kontrolle über die Schützlinge und ihre Pflegefamilien.

Ab 1892 stand der Einwohnergemeinde Bern mit der Fürsorgeanstalt Kühlewil eine eigene Institution für die dauernde oder vorübergehende Unterbringung von Bedürftigen zur Verfügung. 1905 kam mit dem Asyl Neuhaus eine Anstalt hinzu, die als Rekonvaleszentenheim diente.

Vormundschafswesen und Jugendfürsorge. 1891 übertrug der Bund die Vormundschaf über Niederlassene und Aufenthalter aus anderen Kantonen oder aus dem Ausland den Einwohnergemeinden. Bern richtete 1892 ein Vormundschafsbüro ein, welches zuerst der Polizeidirektion, ab 1900 als besonderer Geschäftszweig der Präsidiabteilung unterstellt war und erst 1918 zur Fürsorgedirektion gelangte.

1920 wurde die bis dahin auch vom Vormundschafsbüro wahrgenommene Betreuung von Jugendlichen und Kindern an das neugeschaffene Jugendamt ausgegliedert. Dieses Amt fasste nun alle bisherigen städtischen Jugendfürsorgeeinrichtungen und -tätigkeiten zusammen: Amtsvormundschaf, Pflegekinderaufsicht, Jugendheim, Säuglingsfürsorge, Kinderkrippen und Jugendgerichtshilfe.

Arbeitslosenfürsorge und Wohnungsvermittlung.

Eine wichtige und im Vergleich zu anderen Schweizer Städten in Bern relativ früh von der städtischen Fürsorge mitgetragene Aufgabe war die Betreuung und Hilfeleistung für Arbeitslose. Dass die Stadt in diesem Bereich handelte, war 1887 durch einen Antrag der Arbeitervereine an den Stadtrat bewirkt worden, der die Schaffung einer städtischen Arbeitsvermittlung forderte.

Die Errichtung einer Versicherungskasse ging hingegen auf ein Begehren der städtischen Armenkommission zurück. Die Stelle für Arbeitsvermittlung, die in eine Männer- und eine Frauenabteilung aufgeteilt war, wurde 1895 mit der Arbeitslosenversicherung zusammengelegt; fünf Jahre später erfolgte die Umbenennung in "Städtisches Arbeitsamt". 1922 umfasste es vier Sektionen: Arbeitsvermittlung (Sektion 1), Versicherungskasse (Sektion 2), Arbeitsbeschaffung (Sektion 3) und Hilfsbüro für Arbeitslose (Sektion 4).

1899 beantragte die Sanitätskommission ein Wohnungsnachweisbüro, das billige und gesunde Wohnungen vermitteln sollte. Doch dieser erste Vorstoss, der durch die herrschende Wohnungsnot und die Ergebnisse der Wohnungsenquête über die hygienischen und baulichen Wohnverhältnisse ausgelöst worden war, verlief noch erfolglos. Neun

Jahre später erhob die Kommission des Arbeitsamtes die Forderung nach Einrichtung eines Wohnungsamtes erneut und reüssierte. Das 1910 eröffnete Amt leitete der Vorsteher des Arbeitsamtes, dem ein Beamter unterstellt war. 1920 waren bereits ein Beamter, drei Angestellte und zwei Kanzlistinnen im Wohnungsamt tätig.

Bevölkerungsentwicklung und technischer Fortschritt verlangen mehr Schulen und bessere Ausbildungsmöglichkeiten:

Die Schuldirektion

Die für das öffentliche Schulwesen der Stadt zuständige Direktion wurde 1888–1900 von einem nebenamtlichen Gemeinderat geführt. Dazwischen besass sie eine mit der Armendirektion gemeinsame Leitung, bis 1920 ein hauptamtlicher Schuldirektor die Geschicke in die Hand nahm. Die drei ursprünglichen Abteilungen Sekretariat, Primarschulen und Mittelschulen wurden infolge neuer Aufgaben bald durch weitere ergänzt.

Sekretariat. Die allgemeinen Verwaltungsaufgaben der Direktion erledigt das Sekretariat, das bis 1892 vom Stadtschreiber geführt worden war.

Primarschulen, Mittelschulen, Kindergärten. Diese Abteilungen sorgten für die vorschulische und schulische Betreuung der Kinder und Jugendlichen. Da u.a. die Armendirektion die Einführung von Kindergärten gefordert hatte und die beiden ersten derartigen Einrichtungen 1907 mit gemeindeeigenen

Kinderkrippen verbunden waren, blieben jene bis 1922 der Fürsorgedirektion unterstellt und wurden erst danach zu einer eigenen Abteilung der Schuldirektion.

Im Jahre 1900 betrug die Zahl der Schüler und Schülerinnen in den Primarschulen 6487, in den Mittelschulen 1971 (zum Vergleich 1994: 5558 bzw. 4352).

Schulärztlicher Dienst. Aufgrund entsprechender Vorschläge des Medizinisch-pharmazeutischen Bezirksvereins Bern führte der Gemeinderat 1911 die ärztliche Untersuchung der Primarschulkinder durch einen Schularzt ein. Jedem Schulbezirk wurde ein Schularzt im Nebenamt zugeteilt. Bereits zwei Jahre später erfolgte für die Primarschulen die Anstellung eines hauptamtlichen Schularztes; zusätzlich wurden die Mittelschulkinder durch nebenamtliche Ärzte untersucht. Zum Aufgabenbereich gehörte ferner die hygienische Überwachung der Schulen.

1914 nahm die städtische Schulzahnklinik ihren Betrieb auf und bot eine Behandlung an, die zuerst für alle, ab 1921 nur noch für Kinder bedürftiger Eltern oder Eltern mit bescheidenem Einkommen unentgeltlich war. 1920 wurde dem Schularztamt zudem, anfänglich auf freiwilliger Basis, eine Beratungsstelle für Erziehungsfragen angegliedert. 1922 bildeten das Schularztamt und die Schulzahnklinik zusammen die Abteilung Schulärztlicher Dienst.

Lehrwerkstätten. Sie wurden 1888 aufgrund eines Vorstosses des Handwerks- und Gewerbevereins errichtet und gelangten im Jahre 1900 von der Baudirektion zur Schuldirektion, wo sie als besonderer Geschäftszweig und ab 1922 als eigene Abteilung geführt wurden. Mit ihnen leistete die Stadt einen Beitrag zur Förderung und Hebung des einheimischen Gewerbes.

Im ersten Betriebsjahr wurden eine Schuhmacher- und eine Schreiner-Lehrwerkstätte errichtet, die in der Kaserne bei der Schütte untergebracht waren und insgesamt 20 Lehrlinge beherbergten. Die Kosten wurden zwischen Bund, Kanton und Einwohnergemeinde gleichmässig aufgeteilt.

Gewerbeschule. Diese 1910 geschaffene Abteilung hatte sich aus der Handwerkerschule und der Kunstgewerbeschule, die 1899 zusammengelegt worden waren, entwickelt. Die steigenden Schülerzahlen und damit die immer höher werdende finanzielle Belastung veranlassten die Gewerbeschule, an die Gemeinde ein Gesuch um Übernahme zu stellen. Der Stadtrat stimmte zu, und auf den 1.1.1910 wurde sie zur städtischen Anstalt und der Schuldirektion zugeordnet.

Berufsberatung. Mit den Abteilungen Lehrwerkstätten und Gewerbeschule übernahm die Stadt auch die Leitung und die Beaufsichtigung der Berufsschulen.

Ferner unterstand ihrer Aufsicht die Zentralstelle für Berufsberatung und Lehrlingsfürsorge, die in Bern seit 1920 für Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung und Lehrlingsfürsorge zuständig war, von einem privaten Verein getragen wurde und städtische Subventionen erhielt. 1932 wurde die Zentralstelle in das städtische Amt für Berufsberatung umgestaltet, welches seither eine eigenständige Abteilung der Schuldirektion bildet.

Zwischen 1885 und dem Ersten Weltkrieg erlebt Bern den Übergang zur Grossstadt. Der starke Anstieg der Stadtbevölkerung und das Wirtschaftswachstum regen die Bautätigkeit gewaltig an. Das Stadtbild verändert sich:

Die Baudirektion

Bei ihrer Entwicklung zeigen sich die entsprechenden Rückwirkungen. Unter der Leitung eines haupt-

amtlichen Gemeinderates setzte sie sich 1888 aus den Abteilungen Sekretariat, Ingenieurbüro, Katas-

terbüro und Hochbaubüro zusammen. Bis 1899 waren ihr auch die Lehrwerkstätten unterstellt, wurden dann aber der Schuldirektion zugeordnet. 1913 stieg die Stadtgärtnerei, die seit 1877 dem Ingenieurbüro angehört hatte, zur eigenständigen Abteilung auf.

1920 wurde das Bauwesen in zwei von je einem hauptamtlichen Gemeinderat geleitete Direktionen aufgeteilt (bis 1969): die Baudirektion I, zuständig für den Tiefbau und das Vermessungswesen, und die Baudirektion II, zuständig für das Hochbauwesen, die Bau- und Feuerpolizei, die Stadtgärtnerei und den Tiergarten.

Die Verwaltung des Bauwesens übernahmen das Sekretariat und die Kasse der Baudirektion I zusammen mit der Kanzlei der Baudirektion II.

Baudirektion I

Ingenieurbüro. Die Projektierung und Ausführung von Tiefbauten, wie Strassen, Brücken und Kanalisationsanlagen, sowie deren Unterhalt besorgte das Ingenieurbüro, das 1903 in Tiefbaubüro und 1920 in Tiefbauamt umbenannt wurde. Die schwellenpolizeiliche Aufsicht und die Führung des Schwellenkatasters fielen ebenso in seinen Aufgabenbereich wie die Strassenreinigung und die Kehrriechtabfuhr, die bisher an Private vergeben worden war und nun auf das Jahr 1920 bzw. 1921 von der Gemeinde als Regiebetriebe übernommen wurden.

Katasterbüro. Das heutige Vermessungsamt ist mit der Durchführung von Vermessungen und der Erstellung von Katastern beauftragt. 1888 bestand es nur aus einem Stadtgeometer, 1922 waren ihm ein Adjunkt, ein Grundbuchgeometer und mehrere Vermessungstechniker und Zeichner beigelegt, was die infolge des Stadtwachstums rasch gestiegene Häufigkeit amtlicher Vermessungen dokumentiert.

Stadtplanungsbüro. Erst 1930 wurde dieses Büro als Abteilung (heute Stadtplanungsamt) installiert und beschäftigte sich mit der Bebauungs- und Verkehrsplanung der Stadt Bern.

Baudirektion II

Hochbaubüro. Es wurde mit der Projektierung und Ausführung von Hochbauten betraut (heute Hochbauamt). Zudem nahm es anfänglich alle Aufgaben im Zusammenhang mit dem Unterhalt der kommunalen Gebäude wahr; ab 1922 fielen davon nur noch die Unterhaltsarbeiten an Schulhaus- und an Gemeinde-Wohnbauten in sein Ressort.

Baupolizei. Mit der Reorganisation von 1922 wurde die Kompetenz der Baupolizei, die sich heute Bauinspektorat nennt, erweitert. Wie bisher bearbeitete und bewilligte sie Baugesuche und übte die bau- und feuerpolizeiliche Aufsicht aus; zusätzlich erarbeitete sie nun auch die Alignements- und Bebauungspläne und führte bauliche Unterhaltsarbeiten aus, soweit diese nicht vom Hochbaubüro erledigt wurden.

Stadtgärtnerei. Bereits seit 1852, nach der Vermögensausscheidung zwischen der Einwohnergemeinde und der Bürgergemeinde, waren zwei Stadtgärtner, die zum Personal der Baudirektion gehörten, für die Pflege der öffentlichen Grünflächen und Anlagen angestellt worden. 1913 erfolgte dann die Ausscheidung der Stadtgärtnerei aus dem Tiefbauamt und die Bildung einer eigenständigen Abteilung, welche 1920 der Baudirektion II zugeordnet wurde.

Tiergarten. Seit 1877 umfasste der Verwaltungsbereich "Tiergarten der Stadt Bern" den Bärengraben und den Hirschenpark an der Engehalde. 1888 lag die Leitung bei einem von der Finanzdirektion ge-

wählten Wärter, 1903 bei einem sogenannten "Verwalter des Tiergartens". 1922 wurde dieser von der Finanzdirektion zur Baudirektion II verlegt und bil-

dete dort eine eigenständige Abteilung. Der heutige Tierpark im Dählhölzli entstand erst 1936/37.

Die Stadt braucht Geld:

Die Finanzdirektion

Von 1888 an wurde die Finanzdirektion unter der vollamtlichen Leitung eines Gemeinderates schrittweise auf fünf Aufgabenbereiche ausgebaut: das Finanzwesen, das Steuerwesen, die Gas- und Wasserversorgung, die Verwaltung für den Tiergarten und das Gewerbegericht. Die Gas- und Wasserversorgung ging im Jahr 1900 zur Präsidualabteilung über, Hirschenpark und Bärengraben wechselten 1922 zur Baudirektion II.

Ferner besass die Finanzdirektion die Oberaufsicht über das Zieglerspital, das Greisenasyl an der Seftigenstrasse und die Roschistiftung.

Finanzverwaltung. Die allgemeinen Verwaltungsaufgaben erledigte zunächst der Stadtschreiber. Erst 1902 wurde ein Finanzsekretär eingesetzt. Zur Führung der Gemeinderechnung und der Stadtkasse waren 1888 ein Stadtbuchhalter und ein Kassier angestellt worden, die weiteres Kanzleipersonal später ergänzte.

Bereits vor 1888 hatte ein Zinsrodelverwalter bestanden, der gemeindeeigene Wertschriften, Fonds und Stiftungen betreute und diese Tätigkeit auch nach Einführung des Direktorialsystems noch zwei Jahre lang weiterführte. Dann zog der Finanzdirektor

die Wertschriftenverwaltung an sich, und ab 1900 bildet sie eine eigene Unterabteilung des Finanzwesens.

Ähnlich entwickelte sich die Liegenschaftsverwaltung. Nach Einführung des Direktorialsystems war kurze Zeit der Finanzdirektor für die Verwaltung der städtischen Liegenschaften und Grundstücke verantwortlich, seit 1900 ist es ein eigentlicher Liegenschaftsverwalter.

Pensions- und Krankenkasse. In den Kompetenzbereich der Finanzdirektion fallen auch die Sozialversicherungen. Erste Diskussionen über die Einführung einer Altersvorsorge für die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter setzten 1899 ein. Die Schaffung der "Pensions- und Hilfskasse" erfolgte aber erst 1910. Für das festangestellte Gemeindepersonal leistete sie Alters- und Invalidenrenten und deckte Krankheitskosten und Erwerbsausfall. 1915 wurde aufgrund der eidgenössischen Gesetzgebung die Krankenversicherung von der Pensionskasse getrennt. Mit zeitlicher Verzögerung konnte 1919 auch noch eine Hinterlassenenpension für Witwen und Waisen eingeführt werden.

Steuerbüro. Da die Erträge des durch den Ausscheidungsvertrag von 1852 übernommenen Munizipalvermögens zur Finanzierung der Gemeindeverwaltung nicht mehr ausreichten, wurden ab 1855 Gemeindesteuern erhoben, zunächst zweckgebunden zur Finanzierung des Bundeshausbaus, nach 1862 für den allgemeinen Gemeindehaushalt. Zudem übertrug die kantonale Gesetzgebung den Einzug der Staatssteuern und die Führung der Brandversicherung den Gemeinden.

Aber erst 1868 ersetzte eine feste Behörde die temporär wirkende Steuerkommission. Nach 1888 verwaltete das Steuerbüro die Einschätzung und Erhebung von Steuern sowie die Brandversicherung (heute Steuerverwaltung).

Gewerbegericht. Durch ein kantonales Dekret von 1894 erhielten die Gemeinden die Kompetenz, Gewerbegerichte als Schlichtungsinstanz bei Streitfällen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einzusetzen. In der Gemeindeabstimmung vom 5.8.1894 beschlossen die Stadtberner Stimmbürger die Errichtung eines solchen Gerichts auf den 1.1.1895. Ein Gemeinderatsbeschluss von 1903 unterstellte es der Finanzdirektion. Geleitet wurde das Gewerbegericht von einem bzw. ab 1910 von mehreren Obmännern; ein Sekretariat erteilte Rechtsauskünfte. Schon bald schlossen sich Nachbargemeinden wie Bolligen (1898), Bümpliz (1904), Muri (1908), Zollikofen (1914) und Köniz (1917) dem Berner Gewerbegericht an.

Die verkehrsgünstige Lage und die Industrialisierung machen Bern zum zentralen Ort. Die Stadt schafft die Voraussetzungen für die weitere Entwicklung:

Die Direktion der industriellen Betriebe

Im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts betätigte sich die Stadt Bern zunehmend als Unternehmerin, indem sie Infrastrukturleistungen übernahm, die aus privater Initiative hervorgegangen waren, oder indem sie selbst technische Neuerungen einführte. Zunehmend hatten die Behörden sich mit Versorgungs- und Verkehrsfragen der Stadt zu befassen.

Gas und Elektrizität. Seit 1843 ist es auch nachts hell unter den Lauben Berns. Bern war die erste Schweizer Stadt, die die öffentliche Gasbeleuchtung einführte; ein Jahr später schloss sich Genf an, dann

folgten Lausanne (1848), Basel (1852) und Zürich (1856). Das Gaswerk im Marzili wurde zunächst durch eine private Gesellschaft aufgebaut und 1861 von der Gemeinde übernommen.

Noch vor dem Jahrhundertende hielt die Elektrizität Einzug in die Stadt. In der Matte, wo seit dem Mittelalter die Wasserkraft der Aare zum Betrieb von Mühlen, Sägen und anderen Gewerbebranchen gebraucht worden war, nahm 1891 das erste Elektrizitätswerk seinen Betrieb auf und lieferte den Strom zur Beleuchtung des Festplatzes und der Hauptgasen anlässlich der 700-Jahr-Feier Berns. Bald löste in der Innenstadt das elektrische Licht die Gasbeleuch-

zung ab, und seit 1901 nutzten die Strassenbahnen die neue Energie, so dass neue Werke nötig wurden (1904 Dampfzentrale im Marzili, 1909 Flusskraftwerk Felsenau).

Trinkwasserversorgung. Nicht nur eröffnete der technische Fortschritt grundsätzlich neue Versorgungsmöglichkeiten, es waren auch in konventionellen Bereichen neu entstandene Engpässe zu überwinden. Namentlich das Netz der Trinkwasserleitungen – Holzkännel, die die Stadtbrunnen mit Quellwasser speisten – reichte für die stark angestiegene Stadtbevölkerung nicht mehr aus. Zudem war die Wasserqualität oft mangelhaft, was zu Typhus-Epidemien führte. Die Gemeinde beschloss daher 1867 einen umfassenden Ausbau der Wasserversorgung. Neue Quellen wurden gefasst und ein rund 10 km langes, aus Gusseisenröhren bestehendes Hochdruck-Leitungsnetz 1870 in Betrieb genommen. 1920 war es auf 180 km ausgebaut und durch weitere Quellfassungen ergänzt.

Öffentlicher Verkehr. Private Fuhrunternehmer unterhielten die ersten Pferdeomnibus-Linien: 1871 Bärengraben–Linde, 1879 Bärenplatz–Mattenhof–Wabern, 1885 Bärengraben–Bremgartenfriedhof. Dann betrieb die 1888 gegründete private "Berner Tramway-Gesellschaft" die ersten Tramlinien. Zunächst verkehrte das Lufttram auf der Linie Bärengraben–Bahnhof–Bremgartenfriedhof (1890). Ab 1894 befuhr das Dampftram die Linie 2 Länggasse–Bahnhof–Mattenhof–Wabern. Auf den 1.1.1900 übernahm die Gemeinde die Strassenbahnen, worauf die Umstellung auf den elektrischen Betrieb (zuerst 1901 auf der Linie Burgernziel–Zytglogge–Breitenrain) und der rasche Ausbau des Netzes durch weitere Linien erfolgten. 1924 eröffnete der "Stadt-Omnibus Bern" die erste Autobuslinie in einer Schwei-

zer Stadt, die Ostermundigen und Bümpliz mit Bern verband.

Direktion der industriellen Betriebe. Die städtischen Betriebe, die 1918 unter der neu geschaffenen Direktion zusammengefasst wurden, waren bereits Jahrzehnte vorher gegründet worden und hatten teils zuerst unter privater, dann unter wechselnder städtischer Leitung gestanden.

1888 befand sich das Gas- und Wasserwerk, das die Gas- und Wasserversorgung sicherstellte, bei der Finanzdirektion. Die Wasserwerkenanlagen in der Matte waren zunächst dem Ingenieurbüro der Baudirektion zugeordnet. 1890 wurden alle Stadtbetriebe zu den "Licht- und Wasserwerken der Stadt Bern" zusammengefasst und der Finanzdirektion unterstellt. 9 Jahre später erfolgte eine neue Aufteilung: einerseits *Elektrizitäts- und Wasserwerk* für die Stromproduktion, andererseits *Gaswerk und Wasserversorgung* für die Gas- und Wasserversorgung. Im Jahre 1900 gelangten die beiden Betriebe als besondere Geschäftszweige zur Präsidialabteilung und wurden durch einen zusätzlichen Geschäftszweig, die Strassenbahnen, erweitert.

Die Direktion der industriellen Betriebe (seit 1976 Direktion der Stadtbetriebe) unter der hauptamtlichen Leitung eines Gemeinderates – 1918 bis 1938: Robert Grimm, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei wie alle seitherigen Vorsteher – setzte sich demnach aus sechs Abteilungen zusammen: 1. Sekretariat, 2. Elektrizitätswerk, 3. Gas- und Wasserversorgung, 4. Städtische Strassenbahnen, ab 1924 einschliesslich Stadt-Omnibus, 5. Schul- und Büromaterialverwaltung (1919 geschaffen, zuständig für den zentralen Einkauf der in der Verwaltung und den Schulen benötigten Materialien), und 6. Statistisches Amt (1922 zur Präsidialabteilung verlegt).

Anhang:

Legenden zu den ausgestellten Dokumenten

Vitrine 1

Die Stadt Bern im 19. Jahrhundert (I)

Stadterweiterung von 1850–1925

Stadterweiterung von 1850–1875

Markanteste Neuerung ist die Eisenbahnlinie. Bern wächst erstmals über seine alten Stadtmauern hinaus. Entwicklungsschwerpunkte sind die Lorraine, die Länggasse und etwas weniger ausgeprägt der Matenhof.

Stadterweiterung von 1875–1900

In diesen Zeitraum fällt der Bau der Kirchenfeldbrücke (1881–1883) und der Kornhausbrücke (1895–1898). Den Hochbrücken folgt die bauliche Erschliessung der Quartiere Kirchenfeld und Breitenrain.

Stadterweiterung von 1900–1925

Die Bebauung und das Strassennetz werden weiter verdichtet.

Bevölkerungsentwicklung von 1850 bis 1920

Die Statistik zeigt, dass die Bevölkerung der Stadt Bern nach der Mitte des 19. Jahrhunderts stark zunahm – ein Zeichen für die erhöhte Attraktivität der Stadt als Arbeits- und Wohnort. Um 1910 lebten dreimal soviel Menschen in Bern als 1850. Dieser Anstieg ist primär auf Zuwanderung und sekundär auf Geburtenüberschüsse zurückzuführen.

Bahnhof, erbaut 1857–1860, um 1905

1858 brach der technische Fortschritt und die moderne Mobilität augenfällig in die Stadt ein: Bern bekam, wenn auch im Vergleich zu anderen Schweizerstädten etwas spät, einen Eisenbahnanschluss. Die "Rote Brücke", die mit einem Steg für Fuhrwerke und Fussgänger kombiniert war, führte die Eisenbahn von der Lorraine zum Bahnhofgebäude, das 1860 zwischen Burgerspital und Heiliggeistkirche eingeklemmt zu liegen kam.

Überbrückung der Aare auf der Nordseite der Stadt

Bericht der städt. Baudirektion, 1891

Projekt einer Parallelbrücke, 1890

Projekt einer Kornhausbrücke, 1890

Kornhausbrücke im Bau, 1898

Initiativbegehren zur Erstellung einer Waisenhausbrücke, 1892

Kornhausbrücke, um 1905

Die Überbrückung der Aareschlaufe, des natürlichen Schutzwalls der Stadt, war für deren Entwicklung prägend. Der Hochbrückenbau beeinflusste in erheblichem Ausmass das Stadtbild, die bisherigen Verkehrs- und Kundenströme, aber auch die Grundstückspreise und die Wohnqualität. So erklärt sich auch, weshalb eine rege öffentliche Diskussion über die das Nordquartier zu erschliessende Brücke einsetzte.

Der Standort der heutigen Kornhausbrücke wurde konkurrenziert durch das Gegenprojekt eines Aareübergangs beim Waisenhausplatz; gleichzeitig war auch der Bau einer Parallelbrücke zur Eisenbahnbrücke geplant, um den dortigen Verkehrsengpass zu beheben. Private Initiativkomitees bildeten sich, die für und gegen die verschiedenen Projekte argumentierten. Im Herbst 1892 wurden das Kornhausbrücken- und das Waisenhausbrückenprojekt in einer Volksabstimmung einander gegenübergestellt; die Stimmbürger entschieden sich schliesslich für die Erstellung der Kornhausbrücke.

Vitrine 2

Die Stadt Bern im 19. Jahrhundert (II)

Käfigturmkrawall, 19. Juni 1893

Les troubles de Berne: La troupe repoussant l'attaque de la prison, Holzschnitt, Zeichnung von Louis Tinayre nach Skizzen von Legat und Forestier, nach 1893
(Bernisches Historisches Museum)

Bekanntmachung

Eduard Müller (1848–1919), Stadtpräsident
1888–1895

Mit einer Bekanntmachung am Tage danach klärte der Gemeinderat die Bevölkerung über den doch etwas unüblichen Einsatz eidgenössischer Militärtruppen gegen bernische Arbeiter in der Nacht vom 19. auf den 20. Juni 1893 auf. Was war geschehen?

Als Berner Arbeitslose gegen ausländische Konkurrenz protestierten und dabei Verhaftete aus dem Käfigturm befreien wollten, stellten Polizei und Militär mit vereinten Kräften Ruhe und Ordnung wieder her. Das harte Eingreifen und der anschliessende vorurteilsbeladene Prozess gegen die Rädelsführer zementierte die Gegnerschaft zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterschaft, förderte aber gleichzeitig den Zusammenhalt unter den Arbeitern. Eine indirekte Folge davon war die Wahl von Gustav Müller 1895 zum ersten sozialdemokratischen Gemeinderat.

Abbruch des Christoffelturms, 1865
(Burgerbibliothek Bern)

Dem erhöhten Raumbedarf in der Oberstadt musste der Wehrturm aus dem 14. Jahrhundert weichen.

Alte und neue Zeit stehen sich auf kaum einer anderen Ansicht so unvermittelt gegenüber wie auf dieser Fotografie aus dem Jahre 1865.

Eidgenössisches Schützenfest, 1885

Festkarte Nr. 19292, 1885
(Schweizerische Landesbibliothek in Bern)

Festplatz auf dem Kirchenfeld

Nach 1830 und 1857 beherbergte die Bundesstadt 1885 zum dritten Mal das Eidgenössische Schützenfest auf dem Kirchenfeld. Der Grossanlass begann mit einem Festzug der Schützengesellschaften sowie der städtischen, kantonalen und eidgenössischen Behördendelegationen. Als weitere Attraktionen bot das Fest eine grosse Festhütte, zwei Bierzelte und eine Singhalesentruppe mit Elefanten.

700-Jahr-Jubiläum der Stadt, 1891

Festkarte

Dispositionen für das Polizeicomité

Zusatzbestimmungen zum Droschkentarif für die Dauer der Gründungsfeier der Stadt Bern vom 14. bis 17. August 1891

Festtribüne auf dem Kirchenfeld

Eintrittskarten

1891 feierte die Stadt ihr 700-Jahr-Jubiläum mit einem viertägigen Fest auf dem Kirchenfeld. Auf der 100 Meter langen Bühne, die eine zinnenbewehrte Burgfassade mit zwei 24 Meter hohen Ecktürmen darstellte, führten über tausend Mitwirkende im "Dramatischen Festspiel" des Hönegger Pfarrers Heinrich Weber sechs Szenen aus der Geschichte Berns auf. Jugendfest, Festgottesdienst, Volksfest, Feuerwerk u.a.m. gehörten zum Festprogramm, das ein historischer Umzug beschloss.

Die verschiedenen Feiern und Feste brachten für die Stadt einen erhöhten Verwaltungsaufwand mit sich. Dies zeigen die eigens für die Dauer des 700-Jahr-Jubiläums der Stadt erlassenen Verordnungen. Um den reibungslosen Verkehrsfluss von der Stadt auf das Festgelände zu garantieren, wurden eine Polizeiverordnung erlassen, ein Fest-Polizeicomité mit speziellem Einsatzplan zusammengestellt und für Fahrten auf das Festgelände fixe Droschkentarife festgesetzt, um Preistreiberien zu verhindern.

Vitrine 3

Die Einwohnergemeinde der Stadt Bern

Schaffung der Einwohnergemeinde

Verzeichnis der stimm- und wahlfähigen Bürger und Einsassen an der Versammlung der Einwohnergemeinde der Stadt Bern, 17.10.1832

Verzeichnis der sämtlichen Mitglieder des Einwohner-Gemeind-Raths von Bern, Oktober 1832

Organisations-Reglement für die Einwohnergemeinde, 1834

1831 begann für Bern eine neue politische Ära. Der Stadtstaat wurde aufgelöst, die patrizische Regierung dankte ab. Liberale Politiker prägten die kantonale Exekutive und forderten im kantonalen Gemeindegdekret von 1832 die Einführung von Einwohnergemeinden als politische Gemeinden neben den bisher bestehenden Bürgergemeinden.

Obwohl die Bürger der Stadt Bern sich der neuen Regelung zuerst widersetzten, fand am 17.10.1832 die erste allgemeine Einwohnerversammlung im Münster statt, die die neuen Stadtbehörden zu wählen hatte. Ihre erste Ordnung gab sich die Einwohnergemeinde im Organisationsreglement von 1834.

Güterausscheidung zwischen Bürger- und Einwohnergemeinde

Abschrift Ausscheidungsvertrag, 1852

Etat des Stadtgemeinde-Vermögens nach Mitgabe der Rechnungen von 1851, welches zufolge des Ausscheidungsvertrages vom 9. und 11. Februar 1852 aus der Verwaltung des Tit. Burgerrathes in diejenige des Tit. Einwohnergemeinderathes von Bern übergehen soll, 1852

Vortrag betreffend Vermögens- und Verwaltungsausscheidung, 1852

Bis 1852 erhielt die Einwohnergemeinde von der Bürgergemeinde einen jährlichen finanziellen Beitrag für die Deckung der Gemeindeausgaben. Erst die Güterausscheidung zwischen Einwohner- und Bürgergemeinde, die der Ausscheidungsvertrag vom 1. Juli 1852 regelte, brachte der Einwohnergemeinde die finanzielle Unabhängigkeit.

Vitrine 4

Behörden und Verwaltung (I)

Versammlungsorte

Heiliggeistkirche, um 1910

Altes Kasino, erbaut 1821

Grossratssaal im Rathaus, nach Umbau von 1832 bis 1834, um 1920

Gemeindeversammlungen

Seit dem Bestehen der Einwohnergemeinde bis 1888 fanden regelmässig Gemeindeversammlungen statt. Die Stimmberechtigten versammelten sich abwechselungsweise in der Heiliggeistkirche, der Französischen Kirche oder im alten Casino. Danach wurden die Versammlungen durch Urnenabstimmungen ersetzt.

Stadtratssitzungen

Ab 1888 gab es auch auf der Ebene der Stadtbehörden eine Gewaltenteilung. Gesetzgebende Instanz wurde der Stadtrat, der aus 80 Mitgliedern bestand. Bis 1920 tagte er abwechselungsweise im alten Casino, in der Aula des städtischen Gymnasiums oder im Burgerratssaal des neuen Casinos. Ab Juli 1920 konnte er die Sitzungen im Grossratssaal des Rathauses abhalten.

Der Erlacherhof

Erlacherhof, erbaut 1748, um 1940

Erlacherhof, Innenhof, um 1930

Mit der Vermögensausscheidung von 1852 ging der Erlacherhof von der Bürgergemeinde in den Besitz der Einwohnergemeinde über. Diese konnte das Gebäude aber vorerst nicht für sich selbst beanspruchen, da der Bundesrat provisorisch dort untergebracht werden musste. 1857 bis 1888 nutzte die Einwohnergemeinde zusammen mit der Bürgergemeinde den Erlacherhof als Sitzungslokal und Verwaltungsgebäude; erst danach konnte die Einwohnergemeinde alleine über das Gebäude verfügen.

Burgerspital als Gemeindegebäude? (1916)

Burgerspital, erbaut 1742, um 1925

Zusammenstellung der Raumbedürfnisse

1916 diskutierte die Gemeinde das Projekt eines Gemeinde-Rathauses. Als mögliches zentrales Verwaltungsgebäude war das Burgerspital im Gespräch. Die Baudirektion stellte den von den verschiedenen Direktionen benötigten Büroraum zusammen, kam zum Schluss, dass der Platz zur Unterbringung der Verwaltung knapp genügen würde und entwarf eine mögliche Verteilung der Direktionen auf die Räume des Burgerspitals. Der Ankauf kam aber nicht zustande, und die Gemeinde begann die Verwaltung räumlich zu dezentralisieren.

Organisationsgrundlagen der Einwohner-gemeinde

Gemeinde-Reglement für die Stadt Bern, 1871

Das Gemeindereglement von 1871 reduzierte den Gemeinderat auf 17 Mitglieder und schuf neu einen Grossen Stadtrat, zusammengesetzt aus dem Gemeinderat und 60 Mitgliedern. Die einzelnen Verwaltungsabteilungen wurden bis 1888 von ehrenamtlich besetzten Kommissionen geleitet.

Organisations- und Geschäfts-Reglemente der Gemeinde Bern, 1887

Das Gemeindereglement von 1887 führte wesentliche Neuerungen ein. Die Gemeindeversammlung wurde durch die Urnenabstimmung ersetzt. Die Kompetenzen zwischen dem 9 Mitglieder umfassenden Gemeinderat und dem aus 80 Mitgliedern bestehenden Stadtrat wurden klar getrennt. Die Verwal-

tung wurde in einzelne Direktionen gegliedert, denen je ein Gemeinderat vorstand.

Gemeinde-Ordnung für die Stadt Bern, 1920

Nachdem 1899 die Zahl der vollamtlichen Gemeinderäte von 4 auf 5 erhöht worden war, wurde 1920 das reine Direktorialsystem mit sieben vollamtlichen Gemeinderäten, die der Präsidentialabteilung und sieben Direktionen vorstanden, eingeführt.

Initiativbegehren der Arbeiterunion für Minimallohn, 1897

1897 forderte die Arbeiterunion mit einer Initiative, dass bei Vertragsabschlüssen zwischen Privatunternehmen und der Gemeinde Minimallöhne festgesetzt werden sollten. Damit sollte die Gemeinde "in Bezug auf die Entlohnung der Arbeiter mit gutem Beispiele" vorangehen.

Mit über 1000 Unterschriften kam die Initiative zustande, wurde aber von der Gemeinde verworfen.

Vitrine 5

Behörden und Verwaltung (II)

Gemeinderat und Stadtrat

Gemeinderat 1888

Bis 1888 befand sich der Gemeinderat fest in bürgerlich-konservativer Hand. Bei den Gemeindewahlen von 1888 errang das freisinnige Bündnis einen deutlichen Sieg. Im neuen Gemeinderat sass nur noch gerade ein Konservativer.

Stadtrat 1888

Auch im Stadtrat spiegelten sich die veränderten politischen Verhältnisse wider. Drei Viertel der Stadträte zählten 1888 zum Freisinn, ein Viertel zu den Konservativen. 1872 hatte die Aufteilung noch genau umgekehrt ausgesehen: Von den damals 77 Stadträten waren 56 konservativ und nur 21 freisinnig gewesen.

Gemeinderat 1920

Als dritte politische Kraft begannen seit den 1880er Jahren die Sozialdemokraten zunehmend die städtische Politik mitzubeeinflussen. 1895 eroberten sie mit Gustav Müller ihren ersten Gemeinderatssitz und stellten rund einen Drittel der Stadträte. 1899 zog der zweite, 1911 der dritte Sozialdemokrat in den Gemeinderat ein.

Auch bei den Gemeinderatswahlen von 1920 gewannen die Sozialdemokraten drei, die Bürgerlichen vier Sitze. Gustav Müller verzeichnete das beste

Wahlresultat und wurde zum Stadtpräsidenten gewählt.

Exkursion des Gemeinderates zur Bachmühle (Scherliau), um 1891

vlnr.: Alfred Rothenbach, Direktor der Licht- und Wasserwerke; Emil Probst, nebenamtlicher Gemeinderat; Alfred Hodler, Baudirektor; Eduard Müller, Armendirektor und Stadtpräsident; Jakob Kuhn, Schuldirektor; Friedrich Heller-Bürgi, Finanzdirektor; unbekannt; Friedrich von Wattenwyl, nebenamtlicher Gemeinderat

Der Gemeinderat von 1920

vlnr.: Oskar Schneeberger (1868–1945), SP, Polizeidirektor; Otto Steiger (1890–1958), Bürgerpartei, Direktor der sozialen Fürsorge; Fritz Raaflaub (1884–1953), FDP, Schuldirektor; Hermann Lindt (1872–1937), Bürgerpartei, Baudirektor I; Gustav Müller (1860–1921), SP, Baudirektor II und gleichzeitig Stadtpräsident; Paul Guggisberg (1881–1946), Bürgerpartei, Finanzdirektor; Robert Grimm (1881–1958), SP, Direktor der industriellen Betriebe

Verwaltung

Verzeichnis der Einwohner-Gemeinds-Behörden von Bern, 1855

Gemeinde Bern, Behördenverzeichnis, 1899

Der Zuwachs an Aufgaben der Verwaltung, der Ausbau der verschiedenen Direktionen und die zunehmende Professionalisierung hatten zur Folge, dass auch die Zahl der städtischen Beamtenstellen anstieg. Ein Vergleich der Behördenverzeichnisse von 1855 und 1899 zeigt dies schon anhand des Umfangs der beiden Broschüren augenfällig.

Gemeinderaths-Präsidium, Überweisungen, vom 1. März 1888 bis 3. Mai 1892

In diesem Band sind die Geschäfte, die an den Gemeinderat gelangten und von diesem an die verschiedenen Direktionen weitergeleitet wurden, aufgelistet. Die aufgeschlagene Seite vom Juli 1891 enthält u.a. das "Gesuch des Albrecht Reinhard, Wächter auf dem Münsterturm [...] um Besoldungs-Erhöhung", welches vom Gemeinderat an die Polizeidirektion überwiesen wurde. Weiter stellt der Mattenhof-Leist ein Gesuch "um Erstellung eines Pissoirs im dort. Quartier" und fragt gleichzeitig an, "wie es sich um die Mattenhofkanalisation u. deren alsbaldige Inangriffnahme verhalte". Dieses Anliegen wurde an die Baudirektion weitergeleitet.

Stempel Gemeinderaths Präsident
in Gebrauch um 1876

Stempel Gemeinderat
in Gebrauch um 1920

Stempel Stadtpräsident
in Gebrauch vor 1927

Vitrine 6

Die Präsidialabteilung

Stadtweibel

Robert Zürcher (1864–1916),
Abwart des Erlacherhofes 1891–1916

Gottfried Hügli (1888–1948),
Stadtweibel 1920–1943

Insignien des Stadtweibels,
Plakette mit Stadtwappen

Der Stadtweibel war direkt dem Stadtpräsidenten unterstellt. Er bereitete die Gemeinderatssitzungen vor, stellte Akten innerhalb der Direktionen zu und unterstützte den Stadtschreiber. 1889 amtierte er gleichzeitig als Abwart des Erlacherhofes; kurze Zeit später setzte die Stadt einen eigenen Abwart ein. Dafür übernahm der Weibel – ausgestattet mit speziellen Insignien – zusätzlich die Aufgabe, die Stadt Bern an offiziellen Anlässen zu repräsentieren.

Stadtschreiber

Der Bürokrat, von Hans Eggimann, 1912
(Bernischen Historischen Museum)

Alphons Bandelier (1844–1918), Stadtschreiber

Hans Markwalder (1882–1963), Stadtschreiber

Kanzlei-Regulativ und Archiv-Reglement, 1869

Der Stadtschreiber führte u.a. das Protokoll des Gemeinderates und des Stadtrates, verfasste den allgemeinen Teil des Verwaltungsberichtes und hatte die Aufsicht über das Stadtarchiv. Stadtschreiber Alphonse Bandelier waltete über vierzig Jahre lang (1874–1916) seines Amtes. Sein Nachfolger, Hans Markwalder, blieb "nur" während 34 Dienstjahren im Amt.

Stadtkanzlei

Aktenmappe, um 1910

Die Stadtkanzlei benutzte diese Mappe um 1910 zur Aufbewahrung von Quittungen für herausgegebene Akten.

Kassette der Stadtkanzlei

Die 25 Kilogramm schwere Kassette aus dem Jahre 1799 machte 1932 Schlagzeilen. Damals wurde sie aus den Räumen der Stadtkanzlei gestohlen. Für die Täterschaft war die Kiste allerdings wertlos, da die Stadtkanzlei darin Gebührenmarken im Wert von Fr. 96'670.- aufbewahrt hatte, welche die Täter aber nicht veräussern konnten.

Brieföffner/Falzmesser, um 1800
(Leihgabe Bernisches Historisches Museum)

Stempelkissen "Bucher & Krütli Bern", um 1920
(Leihgabe Bernisches Historisches Museum)

Massstab 40 cm, um 1920
(Leihgabe Bernisches Historisches Museum)

Stempel Stadtpräsident, in Gebrauch um 1914

Briefpapier, um 1920

Statistisches Amt

Graphische Darstellung über die Mortalität in Bern,
1880

Seit den 1870er Jahren diskutierten die Mediziner über die ungesunde Wohn- und Lebensqualität in der Stadt. Das Bedürfnis der Gemeinde nach einer statistischen Überprüfung dieser Vorwürfe wuchs. Sie liess eine Reihe von Mortalitätsstatistiken zusammenstellen und gab 1896 eine umfassende Wohnungs-Untersuchung in Auftrag, die die sanitärischen und hygienischen Wohnverhältnisse in der Stadt aufzeigen sollte.

Der erste städtische Statistiker wurde 1914 eingestellt; vier Jahre später folgte die Erweiterung zu einem selbständigen Amt, das bis 1922 der Direktion der industriellen Betriebe und seither der Präsidialdirektion angehörte.

Vitrine 7

Die Polizeidirektion

Strassenverkehr

Polizei-Verordnung betreffend das Radfahren, 1896

Beschwerdebrief des Schönau-Leistes, 1911

Zeichnung von A. Lindegger
aus: Der Bärenspiegel, März 1925

Mit dem Wachstum der Stadt beanspruchten immer mehr Verkehrsteilnehmer und Gewerbetreibende den Strassenraum. Die einen forderten eine freie Durchfahrt, die andern benötigten Abstellflächen für ihre Waren und Wagen. Eine stärkere Reglementierung durch die öffentliche Hand war erwünscht, bot aber auch Anlass zu Kritik.

Um die Jahrhundertwende tauchten auch in den Strassen Berns vermehrt Fahrräder auf, und prompt kam es zu Beschwerden über die "beständige Gefahr" der "daherrasenden Velofahrer" und zur Forderung nach Fahrverboten. Auf das Anliegen des Schönau-Leistes reagierte die Polizeidirektion unbürokratisch rasch und stellte zwei Wochen nach der Beschwerde eine Verbotstafel mit der Aufschrift "Radfahrer absteigen" auf.

Polizeifahrzeuge vor dem Waisenhaus, 1922

Auch die Polizei motorisiert sich nach dem 1. Weltkrieg.

Feuerwehr

Anerkennungskarte für treuen Aktivdienst, um 1920

Sicherheits-Kompagnie, Mai 1909

Feuerwehr, 1908

1888 bildete die Feuerwehr eine eigene Abteilung der Polizeidirektion, bestehend aus den Kompanien:

Rettungskompagnie
Sicherheitskompagnie
Löschkompagnie I
Löschkompagnie II

Die Mannschaften setzten sich aber immer noch aus Freiwilligen zusammen. Erst 1908 begann ergänzend zu dem freiwilligen Brandkorps der Aufbau einer Berufsfeuerwehr.

Gesundheitswesen

Wilhelm Ost (1853–1922), Polizeiarzt (Stadtarzt)

Für die Abteilung Gesundheitswesen der Polizeidirektion war der Polizeiarzt, auch Stadtarzt genannt, verantwortlich. Nebst der Aufsicht über die Gemeindespitäler hatte dieser u.a. die Aufgabe, bei Epidemien einzuschreiten und bei der Versorgung armer Kranker mitzuwirken.

Erster städtischer Krankenwagen:
Elektromobil "Tribelhorn", angeschafft 1917

Bekämpfung der spanischen Grippe, 1918

Die sogenannte "Spanische Grippe" erfasste in der Schweiz etwa zwei Millionen Menschen; über 20'000 erlagen ihr. Dass die Ansteckungsgefahr und der schwere Charakter der Krankheit erkannt wurde, zeigt der Gemeinderatsbeschluss vom Juli 1918. Trotzdem konnten die Vorsorgemassnahmen die weitere Ausdehnung der Epidemie nicht verhindern. Die meisten Todesfälle waren im November 1918 und in der Stadt Bern v.a. in den dichtbewohnten Arbeiterquartieren Matte und Lorraine zu verzeichnen.

Badeaufseher

Adolf Georg Suter (1863–1913), Badeaufseher der städt. Männerbadanstalt (Bubenseeli)

Städtische Badanstalt im Marzili (Bubenseeli) in Bern, um 1904

Mit dem Kauf des unteren Teils des Marzili-Insels gelangte die Stadt 1866 in den Besitz der bereits vorher privat betriebenen Flussbadeanstalt. 1886 erfolgte mit der Erstellung einer Spundwand beim Bubenseeli der erste Ausbau, dem 1896 der Bau eines Frauenbadeabteils folgte. 1892 eröffnete die Stadt mit dem Lorrainebad die zweite öffentliche Badeanstalt.

Für die Beaufsichtigung der Badenden und die Einhaltung der Vorschriften sorgte der von der Stadt angestellte und der Polizeidirektion zugeordnete Badeaufseher.

Polizeiverordnung betreffend das Tragen von Hutnadeln, 1913

Hut (Leihgabe Frau M. Felix)

Hutnadel mit Wilhelm Tell, um 1910
(Leihgabe Bernisches Historisches Museum)

Hutnadel, um 1920
(Leihgabe Bernisches Historisches Museum)

Dass auch modische Trends auf die Verordnungstätigkeit der Polizei Einfluss nahmen, zeigt die Beschäftigung der Polizeidirektion mit Hutnadeln. Diese neue Verletzungsquelle tauchte erst mit den zu dieser Zeit hochmodischen grossen Hüten auf, zu deren Befestigung lange Hutnadeln nötig waren. Wegbereiterin der Verordnung war die Direktion der städtischen Strassenbahnen, die, um ihre Fahrgäste vor Verletzungen durch ungeschützte Hutnadelspitzen zu bewahren, die Damen aufforderte, nur Nadeln mit einer Schutzhülse zu tragen. Mit der Polizeiverordnung wurde die richtig geschützte Hutnadel auch an anderen öffentlichen Orten bis 1945 zur Pflicht.

Interpellation von Dr. Wassilieff: "Angebliche Ausschreitungen der Polizei", 1898

Die verschärfte, klassenkämpferische Stimmung der 1890er Jahre lässt sich auch an den Debatten im Stadtrat ablesen. Immer wieder forderten die sozialdemokratischen Stadträte die Überprüfung von Polizeieinsätzen.

Ein unnachgiebiger Interpellant war der russischstämmige, 1888 in Muri eingebürgerte Stadtrat Nikolaus Wassilieff, der sich als Sekretär der 1890 gegründeten Arbeiterunion für die Interessen der Arbeiterschaft einsetzte. 1897 reichte er eine Interpellation ein, worin er sich über die Arbeitsweise der Stadtpolizei beschwerte und dazu eine Reihe von Einzelfällen auflistete. Die Polizeidirektion verfasste daraufhin obigen Bericht. Sie lehnte sämtliche Vorwürfe Wassilieffs ab und erklärte zudem, dass die Behandlung der Klagen nicht in die Kompetenz der Gemeindebehörde falle und nicht weiter verfolgt werden müsse.

Vitrine 8

Die Direktion der sozialen Fürsorge

Wohnungsnot

Mattenenge, um 1930

Hinterhöfe, Gerbergasse, um 1920

Küche, Stalden 9, um 1920

Küche einer Hinterhauswohnung, Metzgergasse, um 1920

Kellerwohnung, Bubenbergrain 23, um 1920

Mit dem Zuwachs der Bevölkerung wurde der Wohnraum innerhalb der Stadt zusehends knapper, gleichzeitig stiegen die Mietpreise. Arbeiter und Arbeiterinnen mit niedrigem Einkommen mussten dort wohnen, wo sie es sich noch leisten konnten. Typische Unterschichtsquartiere entstanden am Nydeggestalden, in der Matte, in der Lorraine und der Länggasse.

Billige Wohnungen waren meist feucht, schattig, ungeheizt, überbelegt und hatten keine oder nur ungenügende sanitärische Einrichtungen. Häufig wurden auch Kellerräume bewohnt.

Die Direktion der sozialen Fürsorge versuchte bei der Linderung der Wohnungsnot und der Vermittlung von billigem Wohnraum zu helfen und eröffnete 1910 das Wohnungsamt.

Arbeitslosigkeit

Fotoalbum der vom Hilfsbüro für Arbeitslose unterstützten Auswanderer, um 1920

Jakob Brand (1854–1920), städt. Armenkassier

Das Hilfsbüro für Arbeitslose wurde 1921 als vierte Sektion des städtischen Arbeitsamtes gegründet. Das Büro bot Hilfe für jene Arbeitslosen, die nicht zum Bezug von Arbeitslosenunterstützung berechtigt oder bereits ausgesteuert waren und sich in einer ausgesprochenen Notlage befanden.

Unter anderem unterstützte das Hilfsbüro auch Auswanderungswillige mit einem Beitrag an die Reisekosten und half sogar beim Erledigen der Ausreiseformalitäten. 1922 wanderten 220 Personen mit Unterstützung des Hilfsbüros aus: über die Hälfte nach Deutschland, etwa ein Viertel nach Frankreich und nur 16 Personen nach Übersee.

In den meisten Fällen handelte es sich nicht um eine endgültige Auswanderung, sondern um den Versuch, vorübergehend eine Stelle im nahen Ausland zu finden.

Fürsorgeanstalt Kühlewil

Anstalt Kühlewil, erbaut 1892, Gesamtansicht um 1940

Hausordnung für die Armenanstalt, 1890

Mit dem kantonalen Armengesetz von 1857 wurde die Armenpflege der Wohnortgemeinde übertragen. Dies hatte zur Folge, dass sich die Stadt Bern um die in der Stadt wohnhaften armengenössig gewordenen Personen zu kümmern hatte. 1889 beschloss der Stadtrat, die städtische Armenpflege zu rationalisieren und eine städtische Armenanstalt zu errichten.

Dazu wurde das landwirtschaftliche Anwesen Kühlewil gekauft. Bereits 1890 nahm die Anstalt ihren Betrieb auf, erst 1892 fand aber die Einweihung statt.

Kühlewil diente gleichzeitig als Armen- und als Arbeitsanstalt, indem sie vorübergehend Armengeössige, aber auch "Elemente, welche durch Mühsiggang, Trunksucht, Dirnenleben, Vagabundiren und Bettel oder sonst aus irgend einem Grunde heruntergekommen sind und nun der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fallen", aufnahm und "zur Arbeit und zu einem geordneten Leben" anhielt. In der Hausordnung von 1890 ist denn auch klar festgehalten, dass jeder arbeitsfähige Pflegling zu einem rund 10stündigen Arbeitstag verpflichtet ist.

Fussmatte aus Pneu-Streifen, patentiert und produziert ab 1933
(Leihgabe Alters- und Pflegeheim Kühlewil)

Herstellung der Fussmatten aus alten Autoreifen, um 1935

Nebst dem landwirtschaftlichen Betrieb, der weitaus den grössten Ertrag abwarf, unterhielt Kühlewil auch Werkstätten. In den 1920er Jahren gehörten dazu u.a. eine Korberei, eine Schneiderei und eine Schreinererei. Ab 1933 produzierte die Anstalt Fussmatten aus alten Autopneus, für die sie ein eigenes Patent besass.

Vitrine 9

Die Schuldirektion

Lehrwerkstätten der Stadt Bern

Werkstätten, um 1910

Prospekte und Jahresberichte
(Leihgabe Lehrwerkstätten LWB)

1888 stimmte das Volk dem vom Gemeinderat ausgearbeiteten Vorschlag zur Errichtung von Lehrwerkstätten zu. Die Behörden wollten damit einen Ausgleich zu den in der Privatwirtschaft nur noch ungenügend vorhandenen Lehrstellen und zugleich einen Beitrag zur Förderung des einheimischen Handwerks und zur Ausbildung von qualifizierten Fachkräften leisten.

Im ersten Betriebsjahr nahmen je 10 Schuhmacher- und Schreinerlehrlinge in den Werkstätten ihre Ausbildung auf. Später wurde das Lehrangebot auf weitere Berufszweige ausgedehnt. Um 1910 wurden Mechaniker, Schreiner, Schlosser, Spengler, Gas- und Wasserinstallateure in einer dreijährigen bzw. für Mechaniker vierjährigen Lehrzeit ausgebildet.

Spitalackerschulhaus, 1901

Spitalackerschulhaus, Nordseite mit Haupteingang und Westseite, 1901

Einweihung des Spitalackerschulhauses, 1901

Spitalackerschulhaus, Plan 1. Etage

Der Bau des Spitalackerschulhauses fällt in die Zeit nach der Jahrhundertwende. Schulhäuser sollten nun nicht mehr einfach nur Platz bieten, sondern mussten den gestiegenen Anforderungen an den Unterricht und die Gesundheit der Kinder genügen. Im Spitalackergebäude fanden sich nebst den Schulräumen auch eine Schulküche, ein Speisezimmer und je ein "Douschenbadraum" für Knaben und Mädchen, zudem sorgten grosse Fenster für genügend Licht und Luft.

Schulwesen der Stadt Bern, 1896

Elise Mäder, gest. 1918, Lehrerin an der Länggassschule

Bericht der städt. Schuldirektion, 1896

Rechnungsbelege des städtischen Gymnasiums, 1882

Schreibzeugablage mit Tintenfass, Federhalter und Schiefertafel, um 1900
(Leihgabe Bernisches Historisches Museum)

1896 verfasste die Schuldirektion einen Bericht, der einen Überblick über die städtischen Schulen in Bern lieferte. Die Stadt war in 10 Schulbezirke eingeteilt und führte insgesamt 132 Primarschulklassen, die aus maximal 44 Kindern bestanden. Seit 1891 wurden die benötigten Lehrmittel kostenlos abgegeben.

Nebst den Primarschulen besass die Stadt eigene Mittelschulen: die Knaben- und die Mädchensekundarschule sowie das städtische Gymnasium, das ab 1894 auch Mädchen offen stand. 1895 waren dort neben 632 Knaben 6 Töchter eingeschrieben.

Vitrine 10

Die Baudirektion

Sulgenbachstollen

Durchbruch Sulgenbachstollen, 1926

Dank dem zwischen 1923 und 1926 erstellten, 1040 Meter langen Stollen gelangte das Schmutz- und Regenwasser aus dem südwestlichen und westlichen

Teil der Stadt erst nach der Lorrainebrücke in die Aare. Nebst der besseren Ableitung der Abwässer wurde damit auch eine zusätzliche Verschmutzung der Aare direkt oberhalb des Marzilis verhindert.

Bachmeister

Adolf Dönni (1847–1914), Bachmeister

Bereits lange vor der Umstrukturierung der Stadtverwaltung existierte ein städtischer Bachmeister, der dem Stadtgenieur unterstellt war und dies auch nach 1888 blieb. Er beaufsichtigte den Stadtbach und war zuständig für die Reinigung und den Unterhalt der Abwasserkanäle, die regelmässig durch Umleitung des Stadtbachs gespült wurden.

Bärenwärter

Bärenwärter mit jungem Bär, Abreise des Historischen Zuges der Berner-Schützen an das Eidgenössische Schützenfest in Aarau, 1924

Mit der Vermögensausscheidung zwischen der Bürger- und der Einwohnergemeinde fiel die Pflege der in den Schanzengräben gehaltenen Bären und Hirsche an die Gemeinde. Der Bärenwärter war also seit 1852 ein städtischer Angestellter, der bis 1920 der Finanzdirektion, danach der Baudirektion unterstellt war. 1857 wurden die Bären wegen des Eisenbahnbaus von der Oberstadt ans Ende der Nydeggbrücke in den eigens für sie erbauten burgartigen Bärengaben verlegt. 1877 kam der Hirschenpark in der Engehalde dazu. Der heute bestehende Tierpark Dählhölzli wurde erst 1936/37 erbaut.

Strassenarbeiten

Strassenkehrerinnen beim Waisenhausplatz, um 1910

Bis 1921 führte die Gemeinde die Strassenreinigung nicht selbst durch, sondern vergab die Arbeiten an einen Unternehmer. Damals gehörten Strassenwischerinnen, die diese Arbeit in erster Linie ausführten, zum Alltag in der Innenstadt. Ab 1.4.1921 übernahm das Tiefbauamt (Baudirektion I) die Strassenreinigung und beschloss gleichzeitig, "die bisherigen Strassenwischerinnen durch männliches Arbeitspersonal" zu ersetzen.

Arbeiter der Baudirektion beim Auffüllen der Brenten für die Strassenbesprengung, um 1905

Arbeiter der Baudirektion bei Strassenteerung mit Teerspritzwagen, um 1930

Arbeiter der Baudirektion bei Strassenteerung mit Teerspritzapparat, um 1930

Strassenbau und -unterhalt wurden mit der Ausdehnung des Strassennetzes immer aufwendiger, der Wagenpark des Tiefbauamtes dehnte sich entsprechend aus. Ein zusätzliches Problem war der von den Pferdewagen und Automobilen aufgewirbelte Staub, den die Arbeiter der Baudirektion mit Wasserbesprengung und Oberflächenteerung, z.T. ergänzt mit einem Laugenzusatz, bekämpften.

Saurer Automobil-Sprengwagen, Baujahr ca. 1920, Foto um 1930

Zur Besprengung dienten Brenten und pferdegezogene Sprengwagen. Den ersten Automobilsprengwagen (nebst den bisherigen 18 pferdegezogenen Sprengwagen) kaufte das Tiefbauamt 1914 bei der Firma Saurer; später folgte die Anschaffung weiterer Wagen.

Die Gemeinde baut billige Wohnungen

Sozialer Wohnungsbau der Stadt Bern, 1890–1892

Pläne der verschiedenen Haustypen

Hausordnung für die Bewohner auf dem Wylerfeld, 1894

Infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs strömten Ende der 1880er Jahre immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen in die Stadt, was die Suche nach einer erschwinglichen Unterkunft immer schwieriger machte. Im Sommer 1889 herrschte in der Stadt eine akute Wohnungsnot. Die Stadtverwaltung beschloss daher, gemeindeeigene Wohnhäuser auf dem Wylerfeld zu erstellen.

Die ersten 14 Doppelwohnhäuser sollten möglichst schnell errichtet werden, um die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu entspannen. Dazu wurden einfachste Holzkonstruktionen (Typus A) gewählt, die bereits wenige Monate nach Baubeginn bezogen werden konnten. Bis 1892 erstellte die Stadt rund 50 Gebäude verschiedener Haustypen mit insgesamt 100 Wohnungen.

Vitrine 11

Die Finanzdirektion**Rebgut der Stadt Bern,**

Weinetiketten des Rebputs
(Leihgabe Rebgut der Stadt Bern in La Neuveville)

Holzharassen

Bei der Güterausscheidung zwischen der Bürger- und der Einwohnergemeinde von 1852 ging das damals 90 Jucharten umfassende Rebgut in La Neuveville an die Einwohnergemeinde über, die es dann der Finanzdirektion unterstellte. Der Transport der Weinflaschen von La Neuveville in den städtischen Weinkeller nach Bern erfolgt in Holzharassen.

Finanzwesen

Voranschlag, 1891

Gemeinde-Rechnung, 1916

Verzeichnis der Steuerpflichtigen der Gemeinde Bern, 1898

Die kantonale Gesetzgebung schrieb vor, dass jedem Steuerzahler das Einsichtsrecht in die Steuerveranlagung gewährt werden musste. Um die Einsichtnahme zu erleichtern, beschloss die Gemeinde, das Steuerregister zu drucken. Das erste gedruckte Verzeichnis der Steuerpflichtigen erschien 1898.

Rechenmaschine, in Gebrauch vor 1935

Nach der Jahrhundertwende setzte im Büro zögernd die Mechanisierung ein. Auch die Stadtverwaltung schaffte die ersten Schreib- und Rechenmaschinen an. Für die Erstellung der Gemeinderechnung durch den Stadtbuchhalter war die Additions-Rechenmaschine ein wichtiges Hilfsmittel.

Vitrine 12

Die Direktion der industriellen Betriebe**Gaswerk der Stadt Bern**

Die Belegschaft des Gaswerks vor dem Kohlemagazin, 1898
(Leihgabe GWB)

Gaslampe, installiert vom Gaswerk, um 1900
(Leihgabe GWB)

Die Direktion der industriellen Betriebe wurde erst 1918 geschaffen; bereits vorher gehörten der Gemeinde aber verschiedene Unternehmen. 1861 übernahm sie das von einer privaten Gesellschaft aufgebaute Gaswerk im Marzili und baute es nach 1874 auf dem Areal im Sandrain weiter aus.

Korrespondenzen privater Gasbezügler mit dem Gaswerk:

Karte von Albert Einstein an das städtische Gaswerk, 1906

Briefe von Theodor Kocher, 1884 und 1896

Die Stadt erweiterte nach der Übernahme das Gasleitungsnetz kontinuierlich. Der Gasverbrauch stieg wegen der wachsenden Zahl privater Gasanschlüsse bis zur Jahrhundertwende stetig, danach bis zum 1. Weltkrieg sogar rasant an.

Auch der berühmte Medizinprofessor und Nobelpreisträger Theodor Kocher war Abnehmer für Gas. Nobelpreisträger Albert Einstein setzte sich 1906 selber ans Schreibpult, um einen Installateur des Gaswerks aufzubieten.

Elektrizitätswerk der Stadt Bern, 1891

Plan zu Projekteingabe für das Elektrizitätswerk in der Matte, 1889

Warnschilder, um 1920
(Leihgabe EWB)

1876 kaufte die Gemeinde die Wasserwerke in der Matte und ersetzte die bestehenden Wasserräder durch Turbinen. 1888 beschloss der Gemeinderat, die Herstellung und Verteilung des elektrischen Stroms nicht privaten Unternehmungen zu überlassen, sondern ein gemeindeeigenes Projekt zu entwerfen, das daraufhin von der Gemeinde verabschiedet wurde. 1891 nahm das Elektrizitätswerk den Betrieb mit 3 Turbinen im neuen Turbinenhaus in der Matte auf.

Damit begann auch in Bern der Siegeszug der Elektrizität. Das Leitungsnetz wuchs jährlich an, öffentliche Gebäude wechselten von der Gas- zur Strombeleuchtung, nach 1902 besaßen sämtliche Strassenbahnen elektrischen Antrieb und immer mehr Privatwohnungen erhielten nun einen eigenen Stromanschluss.

Infolge der hohen Nachfrage wurde bald ein Ausbau des Werkes nötig. 1904 kam die kohlebefeuerte Dampfturbinenanlage (Dampfzentrale) im Marzili, 1909 das Wasserkraftwerk in der Felsenau hinzu.

Städtische Strassenbahnen Bern (SSB) innerstädtischer öffentlicher Verkehr

Linienplan der städtischen Strassenbahnen,
Skizze aus: Berner Tagwacht, 1. Juli 1961

Pferde-Omnibus Wabern–Schöneegg–Mattenhof–
Bern, um 1885

Lufttram Bärengraben–Bahnhof–Friedhof, kurz nach
der Eröffnung von 1890

Dampftram, 1890er Jahre

Tram mit elektrischem Antrieb auf der Kirchenfeld-
brücke, nach 1910

Heinrich Naef (1862–1925), Tram-Depotchef im
Burgernziel

Bis 1900 waren die öffentlichen Verkehrsmittel von
Privaten betrieben worden. Seit den 1870er Jahren
unterhielten zwei Fuhrunternehmer Pferdeomnibus-
Linien. Die Berner Tramway-Gesellschaft eröffnete
1890 mit dem Lufttram die Linie Bärengraben–
Bremgartenfriedhof, und ab 1894 verkehrte auf der
Strecke Länggasse–Mattenhof–Wabern ein Dampf-
tram.

Auf den 1. Januar 1900 wurden die Strassenbah-
nen zum gemeindeeigenen Betrieb, die Kompetenz
für Ausbau und Unterhalt des Liniennetzes lag nun
vollumfänglich bei der Stadt. Ein Jahr später folgte
die Eröffnung der dritten Linie Burgernziel–Breiten-
rainplatz mit einem elektrischen Tram. Damit be-
standen für kurze Zeit drei verschiedene Antriebs-
systeme für die Strassenbahnen: Luftdruck, Dampf
und Elektrizität.

Im Februar 1902 führte die Stadt den elektrischen
Betrieb auf dem gesamten Streckennetz ein.

Vitrine 13

Stadtansichten

Rundsicht von der Spitze des Münsterthurmes,
fotografische Aufnahmen von J. Völlger, Juli 1894
(Staatsarchiv des Kantons Bern)

Postkarten, um 1900

Führer zur Stadt Bern, herausgegeben vom
Verkehrsverein der Stadt Bern, ca. 1895–1919

Vitrinen a / b / c

Aufgaben des Stadtarchivs

Konservatorische Probleme

Kopierbuch des Armenvereins 1864–1869 mit
Feuchtigkeitsschäden

Ein Beispiel aus einem Bestand mit gemeinsamem
Schicksal, der durchgehend gleichartige Schadens-
bilder, hervorgerufen durch Feuchtigkeit, aufweist.

Ein Befall mit Mikroorganismen, wie er hier vor-
liegt, gefährdet nicht nur die Akten selber, sondern
auch die Gesundheit von Personen, die damit hantie-
ren. Als dringendste Massnahme wurde der Band
chemisch behandelt und die Mikroorganismen un-
schädlich gemacht. Materialien in diesem Zustand
können nicht für die Benutzung freigegeben werden.
Mittelfristig ist eine Restaurierung und/oder Verfil-
mung nicht zu umgehen.

Ungeeignete Aufbewahrungsmaterialien

Weichmacherhaltige Kunststoffmappen

Weichmacherhaltige Kunststoffe lösen die Schrift
von gewissen Fotokopien (die Schrift haftet an der
Folie oder am Rücken der vorhergehenden Seite).

Verschiedene Papierqualitäten

Deliciae Urbis Bernae ... , 1732

Bericht des Burgerrathes der Stadt Bern über die
bürgerliche Gemeindeverwaltung vom Jahre 1863
bis und mit 1870

Inhaltsverzeichnis ..., 1903

Unterschiedliche Papierqualitäten widerstehen dem
Zahn der Zeit mehr oder weniger gut. 250 Jahre altes
Papier präsentiert sich heute in einem besseren Zu-
stand als hundertjähriges oder jüngeres Papier. Die
Mechanisierung der Papierherstellung und die Wahl
billigerer Rohmaterialien haben zu einem dramati-
schen Rückgang der Alterungsbeständigkeit geführt.

Es ist eine der vordringlichen Aufgaben der Ar-
chive geworden, dafür zu sorgen, dass erhaltungs-
würdige Schriftstücke mit haltbarer Schrift auf alte-
rungsbeständigen Trägern ausgefertigt werden.

Im gleichen Sinne sollten auch elektronische
Daten und Datenträger beurteilt werden.

Unterschiedliche Kopierverfahren

Abschrift

Nasskopie

verschiedene Fotokopien

verbleichte FAX-Übermittlung

Während langer Zeit bestand die einzige Möglichkeit, ein Schriftstück zu kopieren, darin, es abzuschreiben. Erst in den letzten 100 Jahren wurden verschiedenste Möglichkeiten entwickelt, Kopien herzustellen. Die Qualität der Abbildung und deren Haltbarkeit ist laufend verbessert worden. Die Kehrseite der Medaille: Die Papierflut wächst weiter.

FAX-Texte: Schon nach mehreren Stunden in natürlichem Licht verbleichen Thermofaxtextausdrucke .

Mikroformen

Ein 16mm Rollfilm fasst 2000 A4-Seiten Text

Der Vorteil von Mikroformen liegt im geringen Volumen und in der problemlosen Transportierbarkeit. Ebenso können mit wenig Aufwand Kopien erstellt werden.

Viele Archive lassen ihre wertvollsten Bestände aus Sicherheitsgründen mikroverfilmen und bewahren die Filme an sicherem Ort getrennt von den Originalen auf.

Gegenüber dem Mikrofilm weist die elektronische Speicherung von Daten im jetzigen Zeitpunkt

den gravierenden Nachteil der fehlenden Alterungsbeständigkeit und die Abhängigkeit von Programmen und Hardware auf, die in rascher Folge von neuen Produkten abgelöst werden.

Fotos

Glasnegativ mit Feuchtigkeitsschaden

Ein attraktives Erbe braucht Pflege. Einmal geschädigt, können Negative und Papierabzüge nur noch mit grossem Aufwand restauriert werden. Viele Schäden sind nicht mehr zu beheben.

Deshalb: lieber vorsorgen! Fotos trocken und bei möglichst konstanter Temperatur aufbewahren. Eine säurefreie Umgebung (Couverts, Schachteln) ist ebenso zu empfehlen wie weichmacherfreie Transparenttaschen (aus Polyester).

Die Quellen werden benutzt

Verschiedene Publikationen, für welche Recherchen im Stadtarchiv getätigt wurden

Das Stadtarchiv stellt der Stadtverwaltung, anderen Institutionen und auch Privatpersonen Akten, Pläne, Fotografien usw. zum Studium zur Verfügung und leiht in gewissen Fällen Archivalien für Ausstellungszwecke aus. Studenten und Forscher finden hier oft wichtiges Quellenmaterial.

Die ausgestellten Publikationen stellen nur eine kleine Auswahl von Arbeiten dar, die zu einem erheblichen Teil auf Beständen des Stadtarchivs basieren.

Konzept, Texte und Gestaltung

Stadtarchiv Bern:

Dr. Emil Erne, Stadtarchivar
Ruth Stalder
Mario Marti
Marianne Howald
Barbara Fäs

Alexandra Berounska (Illustrationen)
Peter Leuenberger

Stadt- und Universitätsbibliothek Bern:

Dr. Max Waibel, Public Relations
Sonja Aebersold
René Bolliger

Die Bestände des Stadtarchivs sind von folgenden Institutionen und Personen mit Gegenständen und Bildmaterial ergänzt worden, wofür wir bestens danken:

Bernisches Historisches Museum
EWB der Stadt Bern
Frau M. Felix
Gesundheitsdienst der Stadt Bern
GWB der Stadt Bern
Lehrwerkstätten der Stadt Bern
Rebgut Neuenstadt
Schweizerische Landesbibliothek in Bern
Staatsarchiv des Kantons Bern